

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2020–2021

Zögerliche Erholung von der COVID-19-Krise

Sperrfrist: Freitag, 09. Oktober 2020, 10:30 Uhr



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES
Vienna

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2020–2021

Zögerliche Erholung von der COVID-19-Krise

Benjamin Bittschi

Ines Fortin

Daniela Grozea-Helmenstein

Jaroslava Hlouskova

Helmut Hofer

Sebastian P. Koch

Martin G. Kocher

Robert M. Kunst

Michael Reiter

Richard Sellner

Klaus Weyerstraß



AutorInnen

Benjamin Bittschi, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Sebastian P. Koch, Martin G. Kocher, Robert M. Kunst, Michael Reiter, Richard Sellner, Klaus Weyerstraß

Titel

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2020–2021
Zögerliche Erholung von der COVID-19-Krise
Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 114

Kontakt

Martin G. Kocher

T +43 1 59991-125

E direktion@ihs.ac.at

Helmut Hofer

T +43 1 59991-251

E hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

T +43 1 59991-233

E klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Paul Glück (Public Relations)

T +43 660 150 5001

E glueck@paulglueck.com

2020 Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

F +43 1 59991-555

www.ihs.ac.at

ZVR: 066207973

Alle Inhalte sind ohne Gewähr. Jegliche Haftung der Mitwirkenden oder des IHS aus dem Inhalt dieses Werkes ist ausgeschlossen.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung und Zusammenfassung	7
2	Die internationale Konjunktur	16
2.1	Überblick.....	16
2.2	Länderprognosen.....	19
3	Die österreichische Außenwirtschaft.....	31
4	Perspektiven der Inlandskonjunktur.....	32
5	Monetäre Prognose	43
6	Tabellenanhang.....	47

Zögerliche Erholung von der COVID-19-Krise

Weltweit ist die Wirtschaftsleistung infolge der COVID-19-Pandemie in der ersten Jahreshälfte 2020 historisch einmalig eingebrochen. Mit den Lockerungen der strikten Eindämmungsmaßnahmen hat in vielen Staaten seit Mai eine Erholung der Weltwirtschaft eingesetzt. Nach einem starken Wachstum im dritten Quartal flacht die Erholung aber bereits wieder ab. Für Österreich erwartet das Institut nach dem äußerst kräftigen Wirtschaftseinbruch im ersten Halbjahr für das Gesamtjahr 2020 einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 6,7 %. Im kommenden Jahr dürfte die Wirtschaftsleistung um 4,7 % wachsen. Die Wirtschaftskrise führt in diesem Jahr zu einem starken Anstieg der Arbeitslosenquote auf voraussichtlich 9,9 %. Nächstes Jahr könnte die Quote auf 9,4 % zurückgehen. Für die Inflation werden Werte von 1,4 % und 1,6 % erwartet. Die notwendigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen führen zu einem kräftigen Anstieg des Budgetdefizits.

1 Einleitung und Zusammenfassung

Die heimische Wirtschaftsleistung ist im ersten Halbjahr 2020 in einem historischen Ausmaß geschrumpft (–8,7 % im Vorjahresvergleich). Laut den vorläufigen Daten der VGR-Quartalsrechnung betrug der Einbruch der Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal 14,3 % im Jahresabstand, nach 3,4 % zu Jahresbeginn. Gegenüber dem Vorquartal betrug der Rückgang 12,1 % nach 2,5 %. Maßgeblich für den Einbruch waren die strengen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie und die Unterbrechung der weltweiten Lieferketten. Die vorliegenden Indikatoren deuten darauf hin, dass sich die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal deutlich erholt hat. Laut dem BIP-Indikator der Oesterreichischen Nationalbank¹ war die wöchentlichen Wirtschaftsleistung in den Monaten Juli und August nur noch um durchschnittlich 4,6 % niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum. In der Lockdown-Phase von Ende März bis Anfang Mai betrug der Rückgang noch zwischen 20 % und 25 %. Diese Daten bestätigen die Erwartung des Instituts vom Juni, dass der Tiefpunkt der Rezession im zweiten Quartal erreicht wurde und die wirtschaftliche Aktivität danach wieder kräftig angezogen hat. Weiterhin besteht allerdings große Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Pandemie. Das Institut geht für die aktuelle Prognose davon aus, dass es zu keinem neuerlichen großflächigen Ausbruch kommt. Das Ansteigen der Infektionszahlen seit dem Sommer sowie die damit einhergehenden Eindämmungsmaßnahmen dürften aber die Konjunktur bis Mitte nächsten Jahres belasten. Während das Institut in der Juni-Prognose noch von einem kräftigen Wachstum zum Jahresende 2020 ausgegangen war, wird nunmehr nur eine

¹ Siehe <https://www.oenb.at/Publikationen/corona.html>

verhaltene Erholung bis Mitte nächsten Jahres erwartet. Für das Gesamtjahr 2020 rechnet das Institut mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 6,7 %. Für das kommende Jahr wird die Prognose auf 4,7 % zurückgenommen. Dies impliziert, dass die heimische Wirtschaft das Vorkrisenniveau erst im Verlauf des Jahres 2022 erreichen dürfte. Das Institut unterstellt weiterhin, dass es zu keinem zweiten großflächigen Lockdown kommt und dass spätestens Mitte des nächsten Jahres die gesundheitliche Gefahr durch COVID-19 massiv reduziert sein wird.

Die COVID-19-Pandemie und insbesondere die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung haben den stärksten Einbruch der Weltwirtschaft seit den 1930er Jahren verursacht. Ausgehend von China griff die Pandemie auf Europa über und erfasste im zweiten Quartal fast die gesamte Welt. Die weltwirtschaftliche Aktivität schrumpfte in der ersten Jahreshälfte äußerst kräftig, allerdings dürfte der Tiefpunkt der Weltrezession im zweiten Quartal erreicht worden sein. Nach einem Rückgang um 3,7 % zu Jahresbeginn schrumpfte die Wirtschaftsleistung im Euroraum im zweiten Quartal um 11,8 % gegenüber dem Vorquartal. Besonders stark betroffen von der Krise sind Spanien (–18,5 %), Frankreich (–13,8 %) und Italien (–12,8 %). In Deutschland betrug der BIP-Rückgang 9,7 %. In den USA ist die Wirtschaftsleistung um 9,1 % geschrumpft, nach 1,3 % zu Jahresbeginn. Lediglich in China ist die Wirtschaft nach dem starken COVID-19-bedingten Einbruch im ersten Quartal im zweiten Quartal wieder kräftig gewachsen. Mit der zunehmenden Lockerung der Eindämmungsmaßnahmen werden weltweit die Wirtschaftsaktivitäten wieder ausgeweitet. Dies reflektieren auch die deutlich verbesserten Stimmungsindikatoren. Der Welthandel hat sich merklich erholt. Unterstützend wirken auch die äußerst umfangreichen geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen, die zur Begrenzung der ökonomischen Folgen der COVID-19-Pandemie ergriffen wurden. Gegen eine rasche Rückkehr der Wirtschaftsleistung auf das Vorkrisenniveau spricht aber die große Unsicherheit, insbesondere über den weiteren Verlauf der Pandemie. Die gestiegene Arbeitslosigkeit und die weiterhin fortbestehenden Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, die einige Branchen besonders hart treffen, dürften die Wirtschaftserholung ebenfalls dämpfen.

Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut folgendes internationales Konjunkturbild. Die US-Wirtschaft dürfte die Krise merklich besser überstehen als noch im Juni erwartet. Nach einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 4,0 % im laufenden Jahr sollte die US-Wirtschaft im Jahr 2021 um 4,0 % zulegen. Die Wirtschaft im Euroraum wird im laufenden Jahr voraussichtlich um 7,4 % schrumpfen. Für das kommende Jahr wird ein Wachstum von 5,6 % erwartet. Die chinesische Wirtschaft dürfte, auch aufgrund der starken staatlichen Stützungsmaßnahmen, in diesem Jahr um 1,5 % zulegen, nächstes Jahr könnte das Wachstum auf 7,5 % klettern. Anders als in der Finanzkrise 2008/2009 verzeichnen aber die Schwellenländer im laufenden Jahr einen starken

Wirtschaftseinbruch. Somit geht das Institut für die Weltwirtschaft von einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 4,0 % aus. Im kommenden Jahr sollte die globale Wirtschaft um 5,3 % zulegen.

Traditionell wirkt der private Konsum bei Konjunkturerinbrüchen stabilisierend. In der Lockdown-Phase wurden allerdings die Konsummöglichkeiten stark eingeschränkt. Zusätzlich dürfte die hohe Unsicherheit die Ausgabenbereitschaft der Haushalte dämpfen. Laut den Daten der Quartalsrechnung der VGR gingen die realen Konsumausgaben der privaten Haushalte in Österreich im ersten Halbjahr um 10,8 % zurück. Mit den Lockerungen der Eindämmungsmaßnahmen haben die Haushalte den Konsum merklich ausgeweitet. Für das Gesamtjahr 2020 erwartet das Institut einen Einbruch der privaten Konsumausgaben um 6,3 %. Nächstes Jahr sollte dieses Nachfrageaggregat um 5,4 % zulegen. Die Prognose impliziert einen äußerst kräftigen Anstieg der Sparquote von 8,2 % auf 13,0 % im laufenden Jahr. Nächstes Jahr könnte die Sparquote auf 8,6 % fallen.

Im Vorjahr ist der ungewöhnlich lange Investitionszyklus ausgelaufen. Im ersten Halbjahr sind die traditionell konjunkturreagiblen Anlageinvestitionen um 7,8 % eingebrochen. Die hohe Unsicherheit über die weitere Wirtschaftsentwicklung, die geringe Kapazitätsauslastung, die verschlechterte Eigenkapitalausstattung und die COVID-19-bedingten Einschränkungen in den Lieferketten belasteten die Investitionen. Gestützt von den Fördermaßnahmen der Regierung sollte sich die Investitionsbereitschaft der Unternehmen im Verlauf des zweiten Halbjahres etwas erholen. Für das Gesamtjahr 2020 erwartet das Institut einen Rückgang der Anlageinvestitionen um 6,7 %. Während die Ausrüstungsinvestitionen um 8,5 % schrumpfen dürften, wird für die Bauten ein Minus von 4,5 % erwartet. Im Einklang mit der erwarteten internationalen Konjunkturaufhellung sollten die Anlageinvestitionen im Jahr 2021 um 4,1 % expandieren (Ausrüstungen 5,0 %, Bauten 3,0 %). Die Bruttoinvestitionen fallen im laufenden Jahr, auch aufgrund der schwachen Lagerdynamik, voraussichtlich um 9,7 % und sollten im kommenden Jahr um 4,1 % steigen.

Der starke Einbruch der Weltwirtschaft hat sich im Welthandel niedergeschlagen. Im zweiten Quartal des laufenden Jahres lag der Welthandel laut den Daten des CPB um 14,5 % unter dem Vorjahresniveau. Der Tiefpunkt dürfte allerdings bereits im Mai erreicht worden sein, seit Juni gewinnt der Welthandel wieder merklich an Fahrt. Mit einem Rückgang um 8,5 % im Gesamtjahr 2020 dürfte sich die globale Handelsdynamik besser entwickeln als noch im Juni erwartet. Im kommenden Jahr könnte der Welthandel um 5,5 % zulegen. Die starke Rezession bei den Haupthandelspartnern schlägt sich in der Entwicklung der heimischen Exportmärkte nieder. In den ersten beiden Quartalen sind die realen Warenexporte laut den Daten der Quartals-VGR um 4,8 % bzw. 16,9 % im Jahresabstand geschrumpft. Für das Gesamtjahr 2020 erwartet das Institut einen

Einbruch um 8,5 %. Aufgrund der äußerst schwachen Reiseverkehrsexporte fällt der Rückgang bei den Gesamtexporten laut VGR mit 9,6 % etwas stärker aus. Mit der erwarteten internationalen Konjunkturerholung sollten die österreichischen Exportmärkte wieder zulegen, sodass für das Jahr 2021 ein Wachstum der Gesamtexporte um 6,7 % erwartet wird. Die schwache Inlandsnachfrage und die rückläufigen Exporte implizieren einen Rückgang der Importnachfrage. Die Gesamtimporte dürften im Jahr 2020 um 7,9 % schrumpfen und nächstes Jahr um 5,8 % zulegen.

Ausgehend von 2,0 % verlangsamte sich der Preisauftrieb in der ersten Jahreshälfte, und die Inflationsrate betrug im Juni 1,1 %. Seither hat sich die Teuerung wieder etwas beschleunigt. Die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflation liegt gegenwärtig bei rund 2 %. Während der niedrige Rohölpreis den Preisauftrieb dämpft, treiben Mieten und Bewirtungsdienstleistungen die Inflation. Für das Gesamtjahr 2020 hebt das Institut die Inflationsprognose auf 1,4 % an. Damit steigen die Verbraucherpreise merklich schneller als im Euroraum. Mit dem Wegfall des Basiseffekts bei den Energiepreisen dürfte die Inflationsrate im kommenden Jahr 1,6 % betragen.

Der Wirtschaftseinbruch hat deutliche Spuren am Arbeitsmarkt hinterlassen. Im Zuge des Lockdowns ist die Beschäftigung eingebrochen und die Zahl der registrierten Arbeitslosen stark angestiegen. Mit der zunehmenden wirtschaftlichen Aktivität hat sich die Lage am Arbeitsmarkt verbessert, und die Corona-Kurzarbeit hat einen noch stärkeren Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert. Ausgehend von 7,4 % im Vorjahr dürfte die Arbeitslosenquote laut nationaler Definition im Jahresdurchschnitt 2020 auf 9,9 % klettern. Im kommenden Jahr sollte die Beschäftigungsnachfrage wieder anziehen und die Arbeitslosenquote könnte auf 9,4 % zurückgehen. Das Institut begrüßt die geplante Ausweitung der Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik zur Bekämpfung der Verfestigung der Arbeitslosigkeit.

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird vom Wirtschaftseinbruch und den fiskalischen Stützungsmaßnahmen dominiert. Im Einklang mit der internationalen Entwicklung hat die österreichische Bundesregierung zahlreiche fiskalpolitische Maßnahmen gesetzt, um den Wirtschaftseinbruch abzumildern und das „Hochfahren“ der Wirtschaft zu unterstützen. Das Gesamtpaket weist einen Umfang von rund 50 Mrd. Euro auf. Diese staatlichen Maßnahmen sind notwendig, um die Wirtschaft zu stabilisieren bzw. mittelfristig auf einen stabilen Wachstumskurs zu bringen; allerdings bedeuten sie eine massive Belastung für das Budget. Die exakte Abschätzung der Höhe des Budgetdefizits ist weiterhin mit großer Unsicherheit behaftet. Gegenwärtig geht das Institut von einem gesamtstaatlichen Defizit von 11,7 % des BIP aus. Nächstes Jahr könnte die Defizitquote auf 6,1 % zurückgehen. Nach der Bewältigung der Krise sind jedenfalls starke Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung notwendig. Eine Förderung von

Zukunftsinvestitionen in den Bereichen Bildung, Forschung und Entwicklung, Technologie und Infrastruktur würde die Wachstumskräfte der heimischen Volkswirtschaft stärken. Reformen, etwa in den Bereichen Pensionen und Föderalismus, könnten Einsparungspotenziale heben. Notwendig sind auch wirksame Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele.

Die Unsicherheiten über die Folgen des Wirtschaftseinbruchs sind äußerst hoch, die Abwärtsrisiken der Prognose überwiegen. Das gewichtigste Risiko stellt die Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Corona-Pandemie dar. Im September stiegen die Infektionszahlen weltweit an. Die daraufhin verkündeten Reisewarnungen und Schutzbestimmungen gefährden die Erholung in den Bereichen Tourismus, Einzelhandel, Kultur und Gastronomie. Gelingt es nicht, das Infektionsgeschehen zu stabilisieren, könnte ein neuerlicher Lockdown notwendig werden. Die weitere Entwicklung der Infektionszahlen stellt insbesondere für die heimische Tourismuswirtschaft ein ganz wesentliches Risiko dar. Strikte Eindämmungsmaßnahmen und ausbleibende Gäste aus dem Ausland würden die wirtschaftliche Erholung spürbar verlangsamen. Aufgrund des atypischen Charakters dieser Krise bestehen weiterhin beträchtliche Messprobleme hinsichtlich der wirtschaftlichen Aktivität. So besteht das Risiko, dass die Stärke der wirtschaftlichen Erholung im dritten Quartal überschätzt wird. Eine aufgrund der umfassenden wirtschaftlichen Unterstützungsmaßnahmen nur verzögerte Konkurswelle könnte das aktuelle Konjunkturbild deutlich eintrüben und Zweifel über die Stabilität des Finanzsektors aufkommen lassen. Zudem könnten sich die Finanzierungsbedingungen stark überschuldeter Staaten durch die Einnahmenausfälle und Mehrausgaben bei der Bekämpfung der Pandemie-Krise weiter verschlechtern. Weiters haben die Spannungen zwischen den USA und China zuletzt wieder deutlich zugenommen. Zusätzliche Einschränkungen im internationalen Handel über Zölle oder Transaktionsverbote für ausgewählte Großunternehmen würden den Erholungsprozess belasten. Ebenso verhält es sich mit den Unsicherheiten über die zukünftigen Handelsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich. Es bestehen aber auch Aufwärtspotenziale. Die weltweit äußerst expansive Geld- und Fiskalpolitik könnte die Wirtschaftslage stärker stabilisieren und die Stimmung von KonsumentInnen und Unternehmen heben. Wenn die Suche nach einem wirksamen Medikament bzw. einem Impfstoff gegen das Coronavirus rascher Erfolg zeigt als gegenwärtig erwartet, sollte die wirtschaftliche Erholung schneller erfolgen.

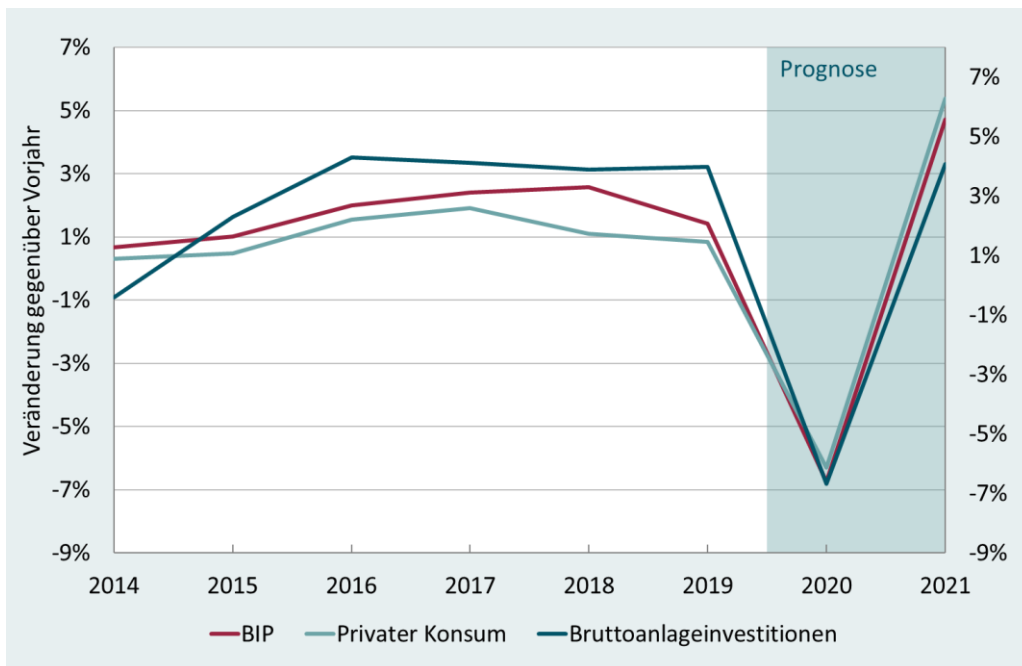
Tabelle 1: Wichtige Prognoseergebnisse
Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent

	2019	2020	2021
Bruttoinlandsprodukt, real	1,4	–6,7	4,7
Privater Konsum, real	0,8	–6,3	5,4
Bruttoinvestitionen, real	0,8	–9,7	4,1
Bruttoanlageninvestitionen, real	4,0	–6,7	4,1
Ausrüstungsinvestitionen, real	4,3	–8,5	5,0
Bauinvestitionen, real	3,6	–4,5	3,0
Inlandsnachfrage, real	1,1	–5,7	4,2
Exporte i. w. S., real	2,9	–9,6	6,7
Waren, real (laut VGR)	2,1	–8,5	6,0
Reiseverkehr, real (laut VGR)	3,1	–33,0	25,0
Importe i. w. S., real	2,4	–7,9	5,8
Waren, real (laut VGR)	1,1	–7,3	5,8
Reiseverkehr, real (laut VGR)	0,0	–38,5	25,0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	1,6	–1,6	1,3
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ⁱ	7,4	9,9	9,4
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ⁱ	4,5	5,4	5,3
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2,6	0,5	0,8
Preisindex des BIP	1,7	1,7	1,3
Verbraucherpreisindex	1,5	1,4	1,6
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP ⁱ	0,7	–11,7	–6,1
3-Monats-Euribor ⁱ	–0,4	–0,4	–0,5
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen ⁱ	0,0	–0,3	–0,1

ⁱabsolute Werte

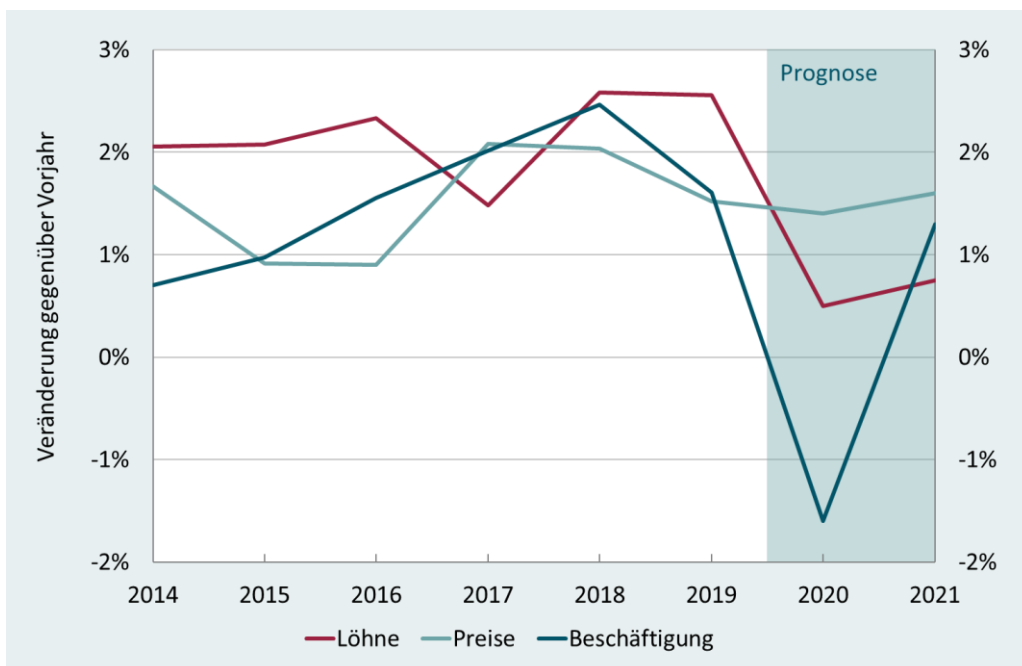
Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

Abbildung 1: BIP, Privater Konsum und Bruttoanlageinvestitionen, real



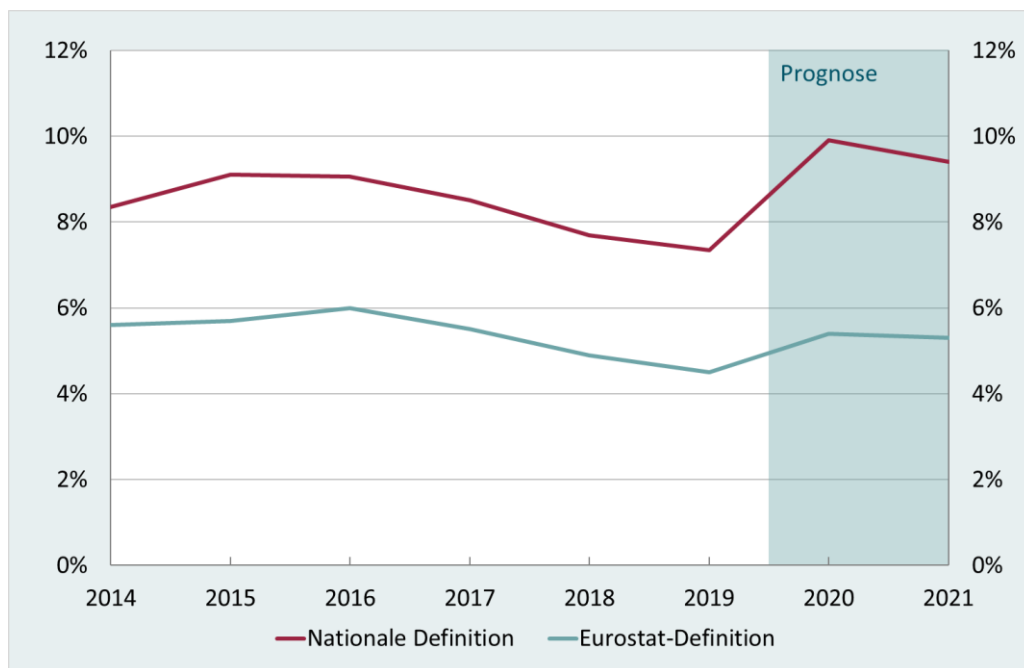
Quelle: Statistik Austria, WIFO, ab 2020 Prognose des IHS

Abbildung 2: Löhne, Preise und Beschäftigung



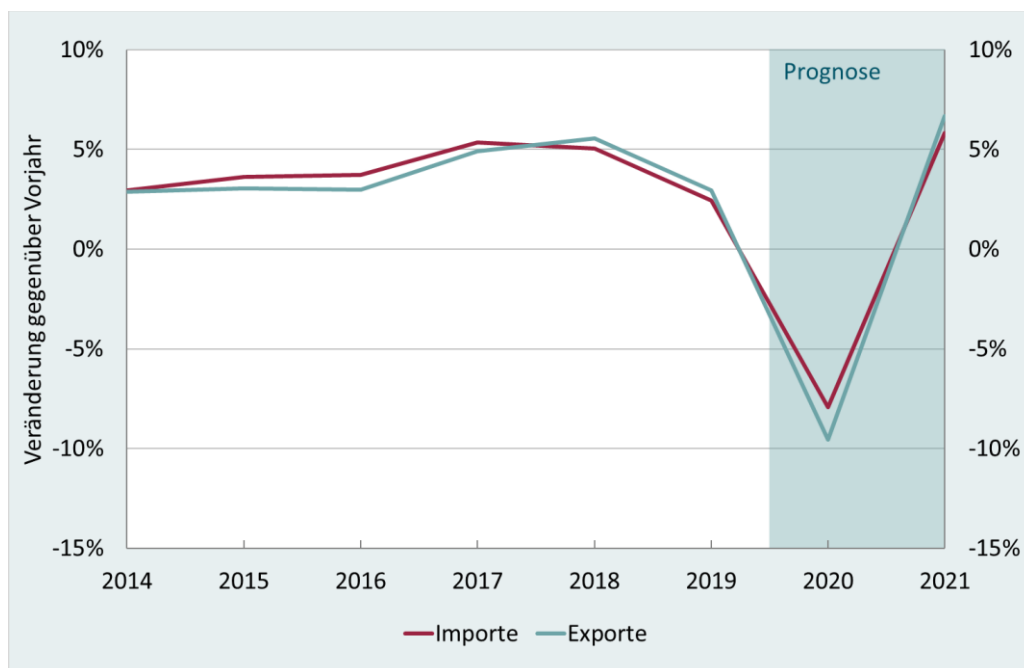
Quelle: Statistik Austria, WIFO, Hauptverband der Sozialversicherungsträger, ab 2020 Prognose des IHS

Abbildung 3: Arbeitslosenquote



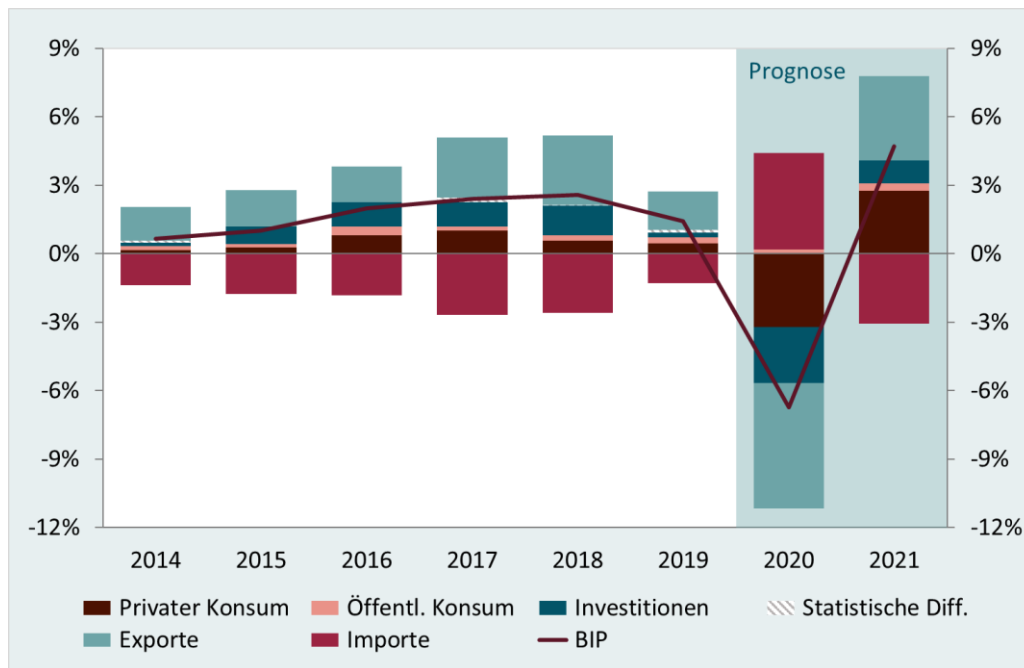
Quelle: AMS, Hauptverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, ab 2020 Prognose des IHS

Abbildung 4: Importe (i. w. S.) und Exporte (i. w. S.)



Quelle: Statistik Austria, WIFO, ab 2020 Prognose des IHS

Abbildung 5: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



2 Die internationale Konjunktur

2.1 Überblick

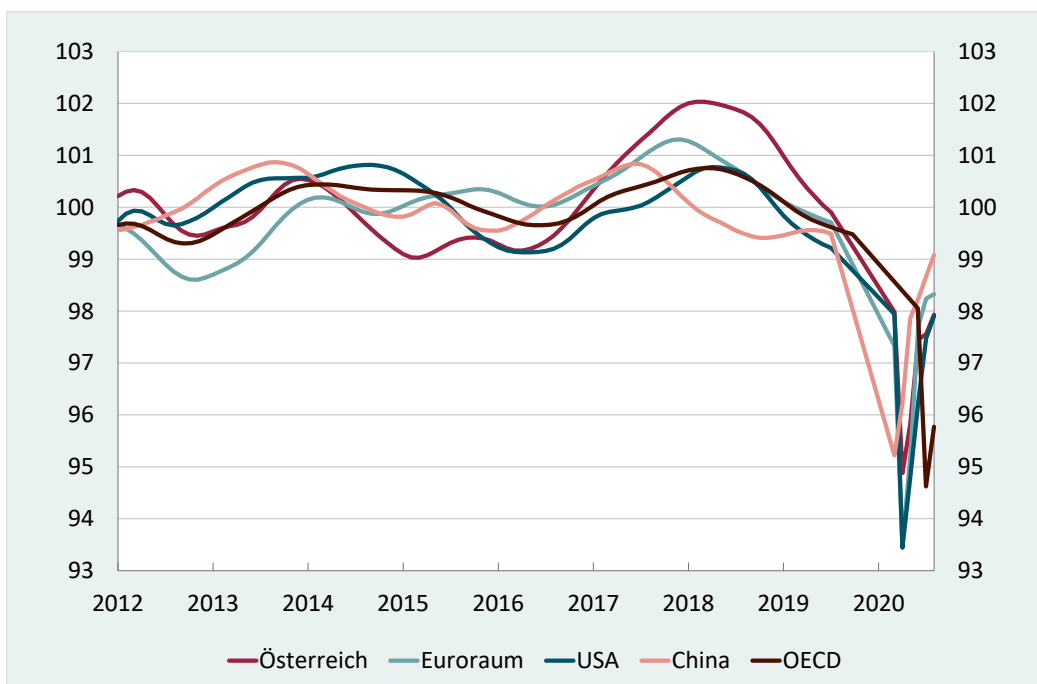
Die **Weltwirtschaft** ist aufgrund der COVID-19-Pandemie im zweiten Quartal in einem historisch einmaligen Ausmaß eingebrochen. Gegenüber dem Vorquartal gab der globale Warenhandel um 12,3 % nach, die Industrieproduktion sank um 6,7 %. Die Rückgänge betrafen dabei alle großen Wirtschaftsräume der Welt mit Ausnahme Chinas, wo die Pandemie bereits im ersten Quartal ihren Höhepunkt erreichte. Nach dem Einbruch im ersten Quartal wuchs die chinesische Industrieproduktion um 14 % und die Warenexporte legten um 2,3 % zu. Besonders hart traf die Krise Lateinamerika, wo die Industrieproduktion und die Warenexporte um knapp 20 % fielen. Am stärksten wirkte sich die Pandemie aber auf den Dienstleistungsbereich aus. Umfassende Eindämmungsmaßnahmen wie Reisewarnungen, vorübergehende Grenzsicherungen und soziale Distanzierung brachten den Tourismus, die Gastronomie und den Einzelhandel zum Erliegen. Der weltweite *Markit Purchasing Managers Index* für den Dienstleistungsbereich fiel doppelt so stark wie der entsprechende Index für die Industrie. Damit einhergehend brach auf der Verwendungsseite der private Konsum etwa im Euroraum um 6,6 % und in den USA um knapp 10 % ein.

Mit den schrittweisen Lockerungen der Maßnahmen im Mai setzte der wirtschaftliche Erholungsprozess ein. Die Stimmungs- und Vorlaufindikatoren für das dritte Quartal signalisieren eine deutliche Erholung. Für die Schwellenländer deutet der *Markit Purchasing Managers Index* auf eine verhaltene Erholung im Dienstleistungsbereich hin. Insbesondere Schwellenländer mit einer starken Tourismusorientierung (etwa die Türkei), aber auch ölexportierende Länder dürften sich schwächer erholen. Der Rohölpreis der Sorte Brent erfuhr durch Kürzungen der Fördermengen zuletzt wieder etwas Auftrieb, befand sich aber mit zuletzt knapp über 40 US-Dollar pro Barrel nach wie vor auf einem niedrigen Niveau. Auch die Rohstoffpreise exklusive Rohöl brachen im Zuge der Pandemie ein, liegen aktuell aber teilweise höher als vor der Krise. Die Aktienkurse an den Börsen der USA, Chinas und Japans haben sich von den starken Verlusten zu Beginn der Krise wieder erholt und weisen aufgrund der starken Zugewinne bei Technologietiteln zum Teil neue Höchststände auf. Der europäische Aktienindex Euro Stoxx 50 liegt hingegen weiterhin deutlich unterhalb seines Vorkrisenwertes.

Zur Bewältigung der Krise hat der Europäische Rat im April ein Programm mit einem Volumen von 540 Mrd. Euro beschlossen. Dieses beinhaltet Krisenhilfen aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM, Garantien der Europäischen Investitionsbank und ein befristetes Kurzarbeitsprogramm mit der Bezeichnung SURE. Bis dato hat noch kein Mitgliedstaat einen erleichterten Zugang zu ESM-Hilfskrediten

beantragt. Nach dem jüngsten Vorschlag der Europäischen Kommission sollen über das SURE-Programm zinsgünstige Darlehen zur Finanzierung von Kurzarbeitsprogrammen im Ausmaß von 81,4 Mrd. Euro an 15 Mitgliedstaaten ausgeschüttet werden, wobei mehr als die Hälfte davon für Italien und Spanien vorgesehen ist. Im Juli wurde eine Einigung der Regierungen der EU-Mitgliedsländer über das Wiederaufbauinstrument „Next Generation EU“ zur Ergänzung des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021–2027 erzielt. Über dieses Instrument soll die Europäische Union erstmals seit ihrem Bestehen gemeinschaftliche Schulden aufnehmen können, ohne dass diesen konkrete Forderungen gegenüberstehen. Bis zu 750 Mrd. Euro sollen im Zuge eines Beantragungs- und Bewertungsverfahrens unter Berücksichtigung der länderspezifischen Empfehlungen des Europäischen Semesters als Darlehen und Zuschüsse an die Mitgliedstaaten vergeben werden. Das Programm bedarf noch der Zustimmung des Europäischen Parlaments und der Mitgliedstaaten.

Abbildung 6: OECD-Frühindikator



Quelle: OECD, Refinitiv Datastream

Die weltweit expansiv ausgestaltete Fiskal- und Geldpolitik bietet günstige Rahmenbedingungen für den wirtschaftlichen Erholungsprozess. Im dritten Quartal wird mit einem starken Anstieg der weltweiten Produktion gerechnet. Da aber die Infektionszahlen im September wieder weltweit angestiegen sind, erhöht sich die Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung. So setzen zuletzt wieder einige Länder lokale (Madrid, Paris) oder nationale (Israel) Lockdown-Maßnahmen ein. Das Institut geht davon aus, dass es im laufenden und nächsten Jahr in den wichtigsten

Wirtschaftsregionen der Welt zu keinem weiteren harten Lockdown wie im März kommen wird, sondern gezieltere und für die Wirtschaft verträglichere Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus gesetzt werden.

Insgesamt wird mit einem Rückgang der weltweiten Produktion im laufenden Jahr um 4,0 % und einer Zunahme im kommenden Jahr um 5,3 % gerechnet. Für die Länder der OECD wird ein Rückgang um 5,4 % im laufenden und eine Zunahme um 4,5 % im kommenden Jahr erwartet. Für die EU-27 ergibt sich ein Rückgang um 7,1 % im Jahr 2020, gefolgt von einem Wachstum um 5,5 % im darauffolgenden Jahr. Im **Euroraum** dürfte die Wirtschaftsleistung im laufenden Jahr um 7,4 % zurückgehen und im folgenden Jahr um 5,6 % zulegen. Die Arbeitslosenquote im Euroraum dürfte aufgrund der Kurzarbeitsregelungen und anderer Beschäftigungsstützungsmaßnahmen im laufenden Jahr nur auf 8,0 % ansteigen und mit Auslaufen dieser Maßnahmen im nächsten Jahr auf 8,5 % weiter anwachsen.

Tabelle 2: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum in Prozent

	2019	2020	2021
BIP-Wachstum	1,3	-7,4	5,6
Arbeitslosenquote	7,5	8,0	8,5
Inflation HVPI	1,2	0,3	1,1

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

Für den Welthandel rechnet das Institut im laufenden Jahr mit einem Rückgang um 8,5 % und im kommenden Jahr mit einer Zunahme um 5,5 %. Österreichs Exportmärkte werden im laufenden Jahr um voraussichtlich 9,0 % schrumpfen und im Jahr darauf um 5,5 % wachsen. Die vorliegende Prognose basiert auf der Annahme eines Rohölpreises der Sorte Brent von 41,5 bzw. 47,3 US-Dollar pro Barrel und eines USD/EUR-Wechselkurses von 1,14 bzw. 1,19.

Der aktuelle konjunkturelle Ausblick ist mit hohen Unsicherheiten behaftet, wobei die Abwärtsrisiken überwiegen. Zunächst besteht das Risiko, dass die wirtschaftliche Erholung des dritten Quartals aufgrund der aktuellen Stimmungs- und Vorlaufindikatoren überschätzt wird. Eine aufgrund der umfassenden wirtschaftlichen Unterstützungsmaßnahmen verzögerte Konkurswelle könnte das aktuelle Konjunkturbild deutlich eintrüben. Zudem könnten sich die Finanzierungsbedingungen stark überschuldeter Staaten durch die Einnahmenausfälle und Mehrausgaben bei der Bekämpfung der Pandemie-Krise weiter verschlechtern. Weiters haben die Spannungen zwischen den USA und China zuletzt wieder deutlich zugenommen. Zusätzliche Einschränkungen im internationalen Handel über Zölle oder Transaktionsverbote für ausgewählte Großunternehmen würden den Erholungsprozess belasten. Ebenso verhält

es sich mit den Unsicherheiten über die zukünftigen Handelsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich. Das gewichtigste Risiko stellt aber die weitere Entwicklung der COVID-19-Pandemie dar. Im September stiegen die Infektionszahlen weltweit an. Die daraufhin verkündeten Reisewarnungen und Schutzbestimmungen könnten die Erholung im Tourismus, im Einzelhandel, im Kulturbereich und in der Gastronomie gefährden. Gelingt es nicht, die Infektionen auf geringem Niveau zu halten, könnten vermehrt harte Lockdowns wie zuletzt in Israel und einzelnen europäischen Städten drohen. Es bestehen aber auch Aufwärtspotenziale. Aufgrund des atypischen Charakters dieser Krise bestehen beträchtliche Messprobleme hinsichtlich der wirtschaftlichen Aktivität. Möglicherweise wird der wirtschaftliche Aufschwung des dritten Quartals unterschätzt und die Erholung schreitet stärker voran.

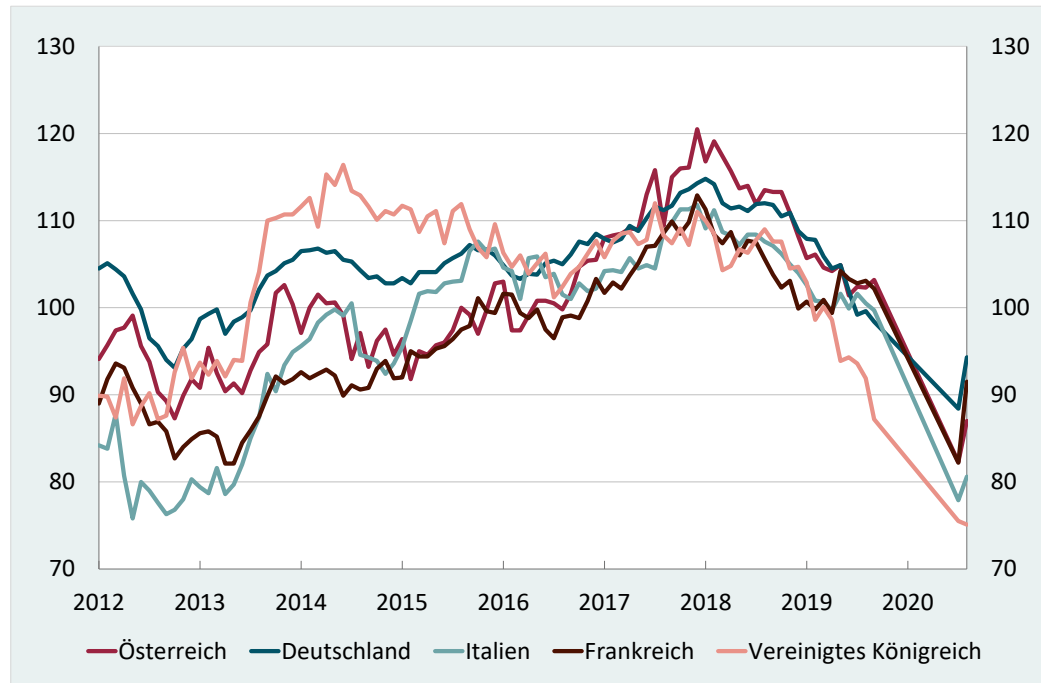
2.2 Länderprognosen

In den **USA** schrumpfte die Produktion im zweiten Quartal um 9,1 % gegenüber dem Vorquartal, was den stärksten Rückgang seit Beginn der Aufzeichnungen darstellt. Der private Konsum brach um knapp 10 % ein, was vor allem auf eine geringere Inanspruchnahme von Dienstleistungen zurückzuführen ist. Die verfügbaren Einkommen wurden über massive staatliche Maßnahmen unterstützt. Über den *CARES-Act* wurden im März 2,2 Billionen US-Dollar an Hilfen beschlossen. Im Mai wurde mit dem *HEALS-Act* ein zweites 1 Billion US-Dollar umfassendes Hilfspaket verabschiedet. Dabei wurde unter anderem die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung fortgesetzt.

Beginnend mit Mai deuten die Stimmungs- und Konjunkturvorlaufindikatoren auf eine deutliche Erholung hin, welche am aktuellen Rand an Tempo verliert. Die auch in den USA steigenden Infektionszahlen im September drücken aktuell auf die Stimmung, vor allem im Dienstleistungsbereich. Der entsprechende *Markit Purchasing Managers Index* entwickelte sich im September leicht rückläufig. Insgesamt nahm aber die Beschäftigung wieder kräftig zu. Nach einem Zuwachs von knapp 4,8 Mio. im Juni fanden weitere 1,7 Mio. im Juli und 1,4 Mio. Menschen im August wieder einen Arbeitsplatz. Die Arbeitslosenquote sank dadurch im August erstmals seit April wieder unter 10 %. Auch die Inflationsrate zog zuletzt wieder deutlich an, verblieb im August aber auf einem relativ geringen Niveau von 1,3 %. Die Spannungen in den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und China haben im Zuge der *TikTok*-Affäre und Schuldzuweisungen über den Ausbruch der Pandemie weiter zugenommen. Die volatilen US-Außenbeziehungen sowie die zuletzt steigenden Infektionszahlen stellen wesentliche Abwärtsrisiken für die weitere Entwicklung der US-Wirtschaft dar. Da die wirtschaftliche Erholung in den letzten drei Monaten stärker als erwartet ausgefallen ist, fällt die Prognose für das laufende Jahr besser aus als noch im Juni

erwartet. Das Institut rechnet für das laufende Jahr mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 4,0 % und im kommenden Jahr mit einer Zunahme um 4,0 %.

Abbildung 7: Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI)



Quelle: Europäische Kommission, Refinitiv Datastream

In **Japan** schrumpfte die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal das dritte Mal in Folge. Das Bruttoinlandsprodukt sank um 7,9 % zum Vorquartal bzw. um 9,9 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Aufgrund der pandemiebedingten Eindämmungsmaßnahmen setzte sich, nach dem Einbruch im vierten Quartal des Vorjahres, die rückläufige Entwicklung des privaten Konsums im laufenden Jahr fort. Zusätzlich wurde die wirtschaftliche Dynamik durch die steigende Arbeitslosigkeit gedämpft. Da das Vertrauen der großen Industrieunternehmen stark fiel, schrumpften die Ausrüstungsinvestitionen. Die Abschwächung der Auslandsnachfrage, insbesondere aus den USA, bremste sowohl die Industrieproduktion als auch die Exporte von Waren und Dienstleistungen. Im August verzeichneten Japans Exporte zum sechsten Mal in Folge einen zweistelligen Einbruch.

Nach dem Lockdown erholte sich die Wirtschaft im Sommer teilweise. Die Industrieproduktion holte etwa die Hälfte des Rückgangs auf und die Einzelhandelsumsätze erreichten im Juni das Niveau vom Dezember 2019. Die Dienstleistungen weisen hingegen keine deutlichen Verbesserungen auf. Im weiteren Jahresverlauf dürfte sich die schwache Erholung fortsetzen. Die äußerst niedrigen Zinsen und die niedrige Arbeitslosigkeit dürften die Wirtschaft stützen. Die Inflation blieb mit 0,2 % im August unter dem Inflationsziel der Zentralbank von 2 %. Zwei

Konjunkturprogramme in Höhe von insgesamt rund 40 % des Bruttoinlandsprodukts sollen die wirtschaftlichen Folgen der Krise abfedern. Infolge der anhaltenden Corona-Krise mit unterbrochener Wirtschaftsaktivität und rückläufiger Inlands- und Auslandsnachfrage wird die japanische Wirtschaft in diesem Jahr voraussichtlich um 5,5 % schrumpfen. Im nächsten Jahr dürfte die Wirtschaft um 2,5 % zulegen. Die auf das Jahr 2021 verschobenen Olympischen Spiele in Tokio dürften die Konjunktur stützen.

In der **Volksrepublik China** wurden die mit COVID-19 verbundenen Beschränkungen seit März schrittweise gelockert und die Unternehmen begannen die Produktion wiederaufzunehmen. Die Wirtschaftsleistung erhöhte sich im zweiten Quartal im Jahresabstand um 3,2 %, ging aber im ersten Halbjahr im Vorjahresvergleich um 1,6 % zurück. Dabei war der Aufholeffekt nach dem Lockdown stärker als erwartet. Während die Industrie stark anzog und im Zeitraum Jänner bis August um 0,4 % im Jahresvergleich zunahm, blieb die Erholung im Dienstleistungssektor schwach. Die Einzelhandelsumsätze gingen von Jänner bis August um 8,6 % gegenüber dem Vorjahr zurück. Die gestiegene Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen Einkommensausfälle dämpften den Konsum. Im August verzeichneten die Einzelhandelsumsätze dennoch das erste Mal seit Dezember 2019 einen leichten Anstieg um 0,5 %. Die Anlageinvestitionen nahmen im Zeitraum Jänner bis August um 0,3 % im Jahresvergleich ab, was auf anhaltende Unsicherheit über die wirtschaftlichen Aussichten hindeutet. Die stärkste Erholung war, infolge der Ausweitung der öffentlichen Investitionen, bei den Bauinvestitionen zu beobachten. Die Exportdynamik blieb aufgrund der schwachen globalen Nachfrage und des Handelskonflikts mit den USA verhalten.

Die expansive Geldpolitik dürfte die Wirtschaft weiterhin stützen. Die Zunahme der Verbraucherpreise hat sich, nach einer starken Erhöhung im vergangenen Winter, wieder verlangsamt, was die Kaufkraft der Haushalte stärkt. Um das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts anzukurbeln, setzt die Regierung auf eine expansive Fiskalpolitik und insbesondere auf öffentliche Investitionen. Die Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen wurde erweitert. Zusätzliche Maßnahmen betreffen die Erhöhung der Ausgaben für die Prävention und Bekämpfung von Epidemien, die beschleunigte Auszahlung der Arbeitslosenversicherung sowie Steuererleichterungen und den Verzicht auf Sozialversicherungsbeiträge. Der IWF schätzt das Volumen der von der Regierung beschlossenen Corona-Maßnahmen für das Jahr 2020 auf 4,5 % des BIP. Infolgedessen dürfte sich das Defizit des öffentlichen Sektors in diesem Jahr auf rund 20 % des BIP belaufen und die Staatsverschuldung auf nahezu 100 % des BIP steigen. Insgesamt wird für das Jahr 2020 mit einer BIP-Steigerung um 1,5 % gerechnet. Im Jahr 2021 dürfte die Wirtschaftsleistung um 7,5 % zunehmen.

In **Deutschland** war der Einbruch der Wirtschaftsleistung geringer als in den anderen großen Ländern des Euroraums. Im zweiten Quartal war das saisonbereinigte

Bruttoinlandsprodukt um 9,7 % niedriger als im ersten Quartal bzw. um 11,5 % unter dem Niveau von Ende 2019. Zum Rückgang trugen alle Verwendungskomponenten außer dem Staatskonsum bei. Im Sommer hat sich die Wirtschaft aber spürbar vom Pandemieschock erholt. Seit Juli weisen die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe, die Kfz-Ausfuhren und die ifo Exporterwartungen auf einen kräftigen Anstieg der Warenausfuhren hin. Der private Konsum war von den Lockdown-Maßnahmen besonders stark betroffen. Monatliche Indikatoren deuten aber auf eine Normalisierung seit der Wiedereröffnung der Geschäfte hin, wenn auch mit deutlichen Unterschieden zwischen den Segmenten des Einzelhandels. Die Ausrüstungsinvestitionen sind nach einem bereits schwachen ersten Quartal in den Krisenmonaten April bis Juni noch einmal deutlich gesunken. Für die zweite Jahreshälfte gibt es aber Anzeichen für eine Belebung. Die Auftragseingänge bei den Investitionsgüterproduzenten haben sich im Juni stark erholt und bereits wieder fast das Niveau von Ende 2019 erreicht. Bei der Industrieproduktion deutet sich zumindest verhalten eine Erholung an, ebenso bei den ifo Geschäftserwartungen. Allerdings bleibt die Lagebeurteilung zurückhaltend, und die hohe Unsicherheit dürfte sich auch negativ auf das Investitionsgeschehen auswirken.

Der Wirtschaftseinbruch hat deutliche Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen. Seit April sinkt die Zahl der Erwerbstätigen im Vorjahresvergleich, und die Arbeitslosenquote (laut nationaler Berechnung) ist von 4,9 % im Dezember auf 6,4 % im August gestiegen, bevor sie im September leicht auf 6,2 % sank. Ein stärkerer Anstieg wurde durch den massiven Einsatz von Kurzarbeit verhindert. Auf dem Höhepunkt der Krise waren laut Schätzungen des ifo Instituts im Mai 7,3 Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit. Im September waren es noch 3,7 Millionen, was 11 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten entspricht. Dies ist erheblich mehr als während der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009. Damals waren in der Spitze im Mai 1,4 Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit. Im Jahresdurchschnitt 2009 belief sich die Zahl auf 1,1 Millionen.

Der Nachfrageeinbruch, der Rückgang der Energiepreise und nicht zuletzt die zum 1. Juli in Kraft getretene und bis Jahresende befristete Senkung der Mehrwertsteuersätze haben zu einem spürbaren Rückgang der Teuerung geführt. Hatte die Inflationsrate im Jänner und Februar noch jeweils 1,7 % betragen, so ging sie vor allem im dritten Quartal spürbar zurück und lag im September bei –0,2 %. Im Durchschnitt der ersten neun Monate betrug die Inflationsrate 0,8 %.

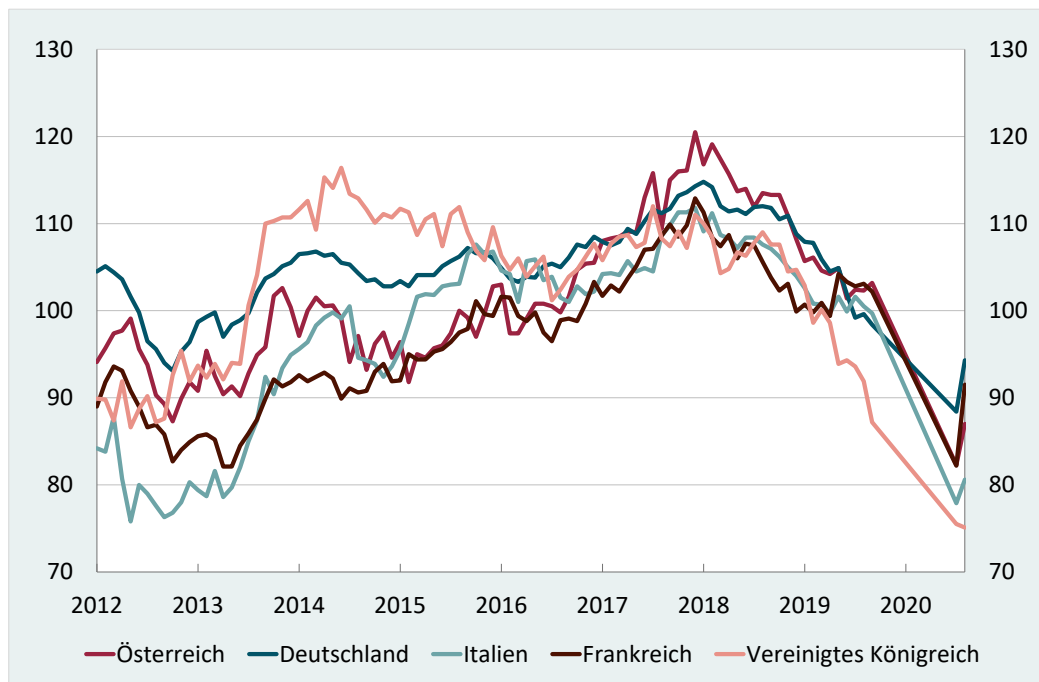
Der Staat unterstützt die Konjunktur mit massiven Ausgabensteigerungen und Abgabensenkungen. Neben steuerlichen Maßnahmen und der erleichterten Vergabe von Krediten wurde im Sommer ein Konjunkturpaket verabschiedet, das über 50 Einzelmaßnahmen vorsieht. Insgesamt belaufen sich die Konjunkturmaßnahmen auf rund 130 Mrd. Euro. Neben Subventionen, Investitionen und staatlichen Konsumausgaben von jeweils etwa 20 Mrd. Euro gewährt der Staat Unternehmen

Überbrückungshilfen, die sich auf geschätzte 25 Mrd. Euro belaufen. Die steuerlichen Corona-Maßnahmen belaufen sich auf etwa 28 Mrd. Euro, wovon die temporäre Senkung der Mehrwertsteuer allein fast 20 Mrd. Euro ausmacht.

Der weitere Konjunkturverlauf hängt maßgeblich vom Infektionsgeschehen in Deutschland und in den wichtigsten Abnehmerländern für deutsche Exportgüter ab. Unter der Annahme, dass die Infektionszahlen im Winter wieder etwas steigen, dürfte es lokal begrenzt zu erneuten Einschränkungen des Wirtschaftsgeschehens kommen. Dies wird die wirtschaftliche Entwicklung insbesondere zu Beginn des kommenden Jahres belasten. Im Frühjahr dürften diese Effekte nachlassen. Zu einer deutlichen Verbesserung wird es aber erst kommen, wenn die Ansteckungsraten deutlich gesenkt werden, etwa weil ein Impfstoff zur Verfügung steht oder es auf andere Weise gelingt, Infektionsketten frühzeitig zu durchbrechen, etwa durch den massenweisen Einsatz von Schnelltests. Alles in allem rechnet das Institut damit, dass das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2020 um 5,5 % einbricht, gefolgt von einem Anstieg um 4,5 % im kommenden Jahr.

Italien war als erstes europäisches Land von der COVID-19-Pandemie betroffen und wies zudem einen sehr schweren Verlauf der Pandemie auf. In der Folge wurden sehr weitreichende Maßnahmen getroffen, um die Verbreitung der Pandemie zu stoppen. Dies hatte zunächst einen sehr starken Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten zur Folge, welcher sich in den Zahlen für das zweite Quartal 2020 widerspiegelt. Das Bruttoinlandsprodukt sank um 13 % gegenüber dem Vorquartal bzw. um 18 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Im Vergleich zum Vorquartal (Vorjahresquartal) sanken die Konsumausgaben um 8,5 % (13,4 %), die Bruttoanlageinvestitionen um 16,2 % (22,6 %) sowie die Importe und die Exporte um 20,6 % (26,9 %) bzw. um 26,4 % (33 %).

Allerdings zeigt sich auch, dass die getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie sehr wirksam waren, wodurch das derzeitige Infektionsgeschehen in Italien besser unter Kontrolle ist als in anderen europäischen Ländern. Insofern wurden für diese Prognose auch die erwarteten Werte des BIP-Wachstums für die Jahre 2020 und 2021 leicht nach oben revidiert. So erwartet das Institut für das Jahr 2020 einen Rückgang des BIP um 9,3 % und für das Jahr 2021 ein Wachstum von 6,0 %.

Abbildung 8: Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI)

Quelle: Europäische Kommission, Refinitiv Datastream

In **Frankreich** entwickelte sich die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal besser als erwartet. Der Rückgang gegenüber dem Vorquartal fiel mit 13,8 % dennoch höher als im Durchschnitt der Länder des Euroraums aus. Besonders stark fiel im internationalen Vergleich der Rückgang in den Staatsausgaben mit 2,5 % aus. Die Zahl der Neuinfektionen stieg auch in Frankreich im September stark an, weshalb der konjunkturelle Ausblick mit hohen Unsicherheiten behaftet ist. Während der *Markit Purchasing Managers Index* im Juli noch anstieg, fielen die Werte im August und September wieder, vor allem getrieben durch schlechtere Erwartungen im Dienstleistungsbereich. Auf eine abebbende wirtschaftliche Erholung deuten auch die aktuellen Werte (bis August) des *OECD Composite Leading Indicator* hin, wohingegen der *Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI)* bis zuletzt (September) eine Verbesserung der gesamten Erwartungslage signalisiert. Die französische Regierung hat Anfang September ein 100 Mrd. Euro schweres Hilfspaket angekündigt, wovon bis Ende 2021 42 Mrd. Euro ausgegeben werden sollen. Schwerpunkte des Hilfspakets sind Maßnahmen zur Dekarbonisierung und Steigerung der Energieeffizienz, Produktionssteuersenkungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und als Stimulus für Produktionsrückverlagerungen und soziale und regionale Kohäsionsmittel zur Förderung und Qualifizierung von Jugendlichen. Für das laufende Jahr wird ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 9,5 % und für das kommende Jahr eine Zunahme um 6,5 % erwartet.

Verglichen mit anderen Ländern ist das Bruttoinlandsprodukt im **Vereinigten Königreich** im zweiten Quartal des laufenden Jahres besonders stark eingebrochen. Der Rückgang im Vergleich zum Vorquartal betrug 20,4 %. Wie andernorts war auch hier der private Konsum mit einer Verringerung von deutlich über 20 % besonders stark betroffen. Die Einzelhandelsumsätze stiegen – nach drastischen Rückgängen im April und Mai – im Juli und August im Vorjahresvergleich wieder leicht an, sind aber noch weit von ihrem Vorkrisenniveau entfernt. Die Industrieproduktion ist im Vorjahresvergleich zwar weiter gesunken, hat aber bereits im August das Niveau vom Dezember 2019 wieder geringfügig übertroffen. Die Markit/CIPS Stimmungsindikatoren für das Verarbeitende Gewerbe und den Dienstleistungssektor sind – nach historischen Tiefständen im April – schon im Juni bzw. Juli wieder über die Wachstumsschwelle von 50 Punkten geklettert. Nach vorübergehenden Lockerungen über den Sommer führten zuletzt deutlich steigende Infektionszahlen wieder zu einer Verschärfung der Einschränkungen. Die Maßnahmen zur Kurzarbeit und zur Unterstützung der Unternehmensfinanzierung laufen weiter, und auch die Geldpolitik wirkt mit niedrigen Leitzinsen und einem umfangreichen Anleihekaufprogramm nach wie vor stimulierend.

Ende des Jahres läuft die Übergangsfrist ab, in der die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union nach dem Brexit noch unverändert gelten. Es erscheint immer unwahrscheinlicher, dass ein Handelsvertrag für die Zeit danach zeitgerecht verabschiedet wird, insbesondere da die britische Regierung durch einseitige Änderungen das Verhandlungsklima stark belastet. So könnte es Ende 2020 doch noch zu einem harten Brexit kommen. Das Institut geht jedoch davon aus, dass eine Regelung gefunden wird, die eine Fortsetzung der meisten wirtschaftlichen Beziehungen ermöglicht. Das Bruttoinlandsprodukt sollte damit zunächst um 10,0 % zurückgehen und im kommenden Jahr um 7,0 % wachsen.

Die Wirtschaftsleistung in der **Schweiz** hat sich im internationalen Vergleich relativ gut entwickelt und ist im zweiten Quartal des laufenden Jahres um moderate 8,2 % gegenüber dem Vorquartal zurückgegangen. Dennoch ist auch hier der private Konsum aufgrund der coronabedingten Einschränkungen deutlich eingebrochen. Die Einzelhandelsumsätze steigen zwar bereits seit Mai wieder gegenüber dem Vorjahr an, lagen im August aber noch um gut 20 % unter ihrem Dezember-Niveau. Die Möglichkeit zur Kurzarbeit und das COVID-19-Kreditprogramm konnten einen starken Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindern, und die Arbeitslosenquote ist von ihrem Höchststand im Mai (3,4 %) sogar wieder etwas zurückgegangen (nationale Quote im August: 3,3 %). Dennoch dürfte die Lage am Arbeitsmarkt mit deutlich überdurchschnittlichen Arbeitslosenquoten angespannt bleiben. Die Schweizerische Nationalbank hat die heimische Wirtschaft mit Interventionen am Devisenmarkt gestützt und dürfte damit erreicht haben, dass der Franken im Zuge der Corona-Krise nicht stärker aufgewertet

hat. Einige hochfrequente Daten deuten auf eine merkliche Erholung der Wirtschaftsaktivität hin. Das KOF Konjunkturbarometer beispielsweise stieg im September zum vierten Mal in Folge, nach einem historischen Einbruch im Frühjahr, und liegt damit markant über seinem langjährigen Durchschnitt. Derzeit ergibt sich ein V-förmiger Konjunkturverlauf, sodass mit einer relativ raschen Konjunkturerholung zu rechnen ist. Im Prognosezeitraum sollte das BIP zunächst um 5,3 % schrumpfen und dann um 4,5 % wachsen.

Nach einer positiven Entwicklung im ersten Quartal brach die Wirtschaftsleistung in allen **mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten** infolge der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie im zweiten Quartal ein. Die BIP-Rückgänge im zweiten Quartal lagen zwischen rund 8 % in Polen und Bulgarien und rund 15 % in Kroatien. Mit den Lockerungen der Eindämmungsmaßnahmen setzte seit Juni eine allmähliche Konjunkturerholung ein. Die Industrie- und die Bauproduktion sowie die Handelsumsätze ziehen langsam wieder an. Die Transportdienstleistungen, der Tourismus sowie die Gastronomie und die Freizeitindustrie sind weiterhin von Einschränkungsmaßnahmen betroffen, die Rückgänge bleiben daher beträchtlich. Neben den in allen Ländern beschlossenen finanzpolitischen Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen und private Haushalte zur Eindämmung der Effekte der Corona-Krise wirkt auch die Geldpolitik, die expansiv ausgerichtet bleibt, konjunkturstützend. Aufgrund der Konjunkturprogramme und der konjunkturell bedingt gesunkenen Steuereinnahmen stieg das Budgetdefizit in der ersten Jahreshälfte in allen Ländern der Region kräftig. Der Rückgang der Wirtschaftsleistung und der hohe Finanzierungsbedarf führen zu einer Steigerung der Schuldenquoten.

In diesem und im nächsten Jahr wird die Konjunkturerholung von der unterschiedlichen Größe, Breite, Effizienz und Geschwindigkeit der Implementierung der fiskalischen Unterstützungsmaßnahmen in den einzelnen Ländern geprägt sein. Wegen der steigenden Arbeitslosigkeit und der Einkommensverluste ist nur mit einer langsamen Erholung des privaten Konsums zu rechnen. Während die erhebliche Unsicherheit zur Verschiebung großer ausländischer Investitionsprojekte führt, dürfte die öffentliche Investitionstätigkeit, ko-finanziert durch EU-Mittel, die konjunkturelle Schwäche abfedern. Insgesamt ist ein durchschnittlicher Rückgang der Wirtschaftsleistung in den **MOEL-5** um 5,4 % in diesem Jahr zu erwarten. Im Jahr 2021 dürfte das Bruttoinlandsprodukt infolge einer steigenden Investitionstätigkeit durch die Auszahlung restlicher Fördermittel des EU-Finanzrahmens 2014 bis 2020 und durch den EU-Aufbauplan um 4,6 % expandieren. Insgesamt sieht der EU-Aufbauplan, der noch der Zustimmung des Europäischen Parlaments und der Mitgliedstaaten bedarf, Finanzhilfen in Höhe von rund 32 Mrd. Euro (rund 15 % der Gesamtmittel) für diese Länder für die Jahre 2021 bis 2022 vor.

Nach einem kräftigen Einbruch im zweiten Quartal um 8,7 % gegenüber dem Vorquartal und um 11,0 % im Vorjahresvergleich hat sich die Wirtschaftsleistung in **Tschechien** im dritten Quartal weitgehend stabilisiert. Die monatlichen Aktivitätsindikatoren zeigen seit Juni eine allmähliche Erholung der Industrie- und der Bauproduktion sowie der Einzelhandelsumsätze. Die Inflation blieb im August bei einer leichten Zunahme der Preise für Dienstleistungen mit 3,5 % unverändert hoch. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich seit Februar um 0,7 Prozentpunkte und betrug im August 2,7 %. Aufgrund der massiven fiskalischen Unterstützungsmaßnahmen im Vorfeld der Parlamentswahlen im nächsten Jahr dürfte sich die Arbeitslosenquote in den nächsten Monaten nur leicht erhöhen. Vorgesehene EU-Mittel in Höhe von rund 1,5% des BIP aus dem EU-Aufbauplan für die Jahre 2021 und 2022 dürften die Konjunktur im Prognosezeitraum zusätzlich stützen. Nach einem Rückgang um 7,5 % im laufenden Jahr dürfte sich die Wirtschaftsleistung im Jahr 2021 erholen und um 5,0 % zunehmen.

In **Ungarn** verringerte sich das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal um 14,5 % gegenüber dem Vorquartal und um 13,5 % im Vorjahresvergleich. Der massive wirtschaftliche Einbruch war hauptsächlich auf den kräftigen Rückgang der Fahrzeugindustrie, der Bauproduktion und der Dienstleistungen infolge des Lockdowns und der unterbrochenen Lieferketten zurückzuführen. Verwendungsseitig entwickelten sich sowohl die Inlandsnachfrage als auch die Nettoexporte negativ. Die Arbeitslosigkeit erhöhte sich seit Februar um 0,7 Prozentpunkte auf 4,6 % im Juli. Infolge steigender Lebensmittelpreise beschleunigte sich die Teuerungsrate auf 4 % im August. Um den konjunkturellen Abschwung abzufedern, wurden der Leitzins gesenkt und zwei Konjunkturpakete in Höhe von 19 % des BIP verabschiedet. Der EU-Aufbauplan sieht Mittel von rund 3 % des BIP für Ungarn für die Jahre 2021 und 2022 vor. Nach einem Rückgang um 6,0 % in diesem Jahr dürfte die Wirtschaftsleistung im Jahr 2021 um 4,5 % zunehmen.

In **Polen** führte der kräftige Rückgang der Inlandsnachfrage im zweiten Quartal zu einer Verringerung der Wirtschaftsleistung um 8,9 % zum Vorquartal und um 7,9 % zum Vorjahresquartal. Die Industrieproduktion und die Einzelhandelsumsätze zeigen eine kontinuierliche Erholung der Wirtschaftstätigkeit seit Juni. Mehrere Hilfspakete von insgesamt etwa 12 % des BIP stützen dabei die Wirtschaft. Diese laufen aber seit dem dritten Quartal allmählich aus. Infolge großzügiger Unterstützungen für ArbeitnehmerInnen blieb die Arbeitslosenquote seit Februar unverändert bei 3,1 %. Wegen steigender Preise für Dienstleistungen erhöhte sich die Inflation und betrug im August 3,7 %. EU-Mittel in Höhe von 3,6 % des BIP aus dem EU-Aufbauplan dürften das BIP-Wachstum in den Jahren 2021 und 2022 fördern. Die Wirtschaftsleistung wird im laufenden Jahr um voraussichtlich 4,0 % zurückgehen. Im nächsten Jahr dürfte das Bruttoinlandsprodukt um 4,3 % steigen.

In der **Slowakei** schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal um 8,3 % gegenüber dem Vorquartal bzw. um 12,2 % gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres. Die stärkste BIP-Abnahme der letzten zehn Jahre ist auf den kräftigen Rückgang der Automobilproduktion um mehr als 50 %, der Nettoexporte und der Investitionen zurückzuführen. Die Arbeitslosenquote stieg im August auf 6,8 % und lag damit um 0,8 Prozentpunkte über dem Februar-Niveau. Die Inflation blieb mit 1,4 % im August niedrig. Fiskalische Maßnahmen von etwa 7 % des BIP dürften den Wirtschaftsabschwung in diesem Jahr dämpfen. Nach einem Rückgang um 7,5 % im Jahr 2020 dürfte das BIP im nächsten Jahr um 5,5 % wachsen. Geplante EU-Mittel in Höhe von 4,6 % des BIP aus dem EU-Aufbauplan dürften das BIP-Wachstum in den Jahren 2021 und 2022 stützen.

In **Slowenien** verringerte sich die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal um 9,6 % zum Vorquartal bzw. um 12,9 % im Vorjahresvergleich. Dies ist auf den Einbruch sowohl der Inlands- als auch der Auslandsnachfrage zurückzuführen. Im Juli blieb die Dynamik der Industrieproduktion und der Einzelhandelsumsätze im Vorjahresvergleich negativ. Infolge sinkender Energiepreise belief sich die Teuerungsrate im August auf –0,7 %. Die fiskalischen Maßnahmen in Höhe von 15 % des BIP führten seit Mai zu einer Verringerung der Arbeitslosigkeit um 0,8 Prozentpunkte auf 4,7 % im August. Nach einem Rückgang um 7,5 % in diesem Jahr dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2021 um 4,5 % expandieren. Der EU-Aufbauplan sieht für die Jahre 2021 und 2022 Mittel in Höhe von 2,5 % des BIP vor.

Im zweiten Quartal sank die Wirtschaftsleistung in **Rumänien** um 12,3 % gegenüber dem Vorquartal bzw. um 10,5 % im Vorjahresvergleich. Während der private Konsum aufgrund der Lockdown-Maßnahmen stark schrumpfte, erhöhten sich die Bauinvestitionen deutlich. Infolge der rückläufigen Inflation senkte die Zentralbank den Leitzins drei Mal im Laufe dieses Jahres. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich seit Februar um 0,9 Prozentpunkte auf 5,3 % im August. Konjunkturstützend wirken neben den fiskalischen Maßnahmen von etwa 17 % des BIP auch die Mittel des EU-Aufbauplans in Höhe von 4,3 % des BIP in den Jahren 2021 und 2022. Nach einem Rückgang um 4,0 % in diesem Jahr dürfte die Wirtschaftsleistung im Jahr 2021 um 4,3 % expandieren.

In **Kroatien** sank die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal um 14,9 % gegenüber dem Vorquartal bzw. um 15,1 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Die Inflationsrate fiel im August aufgrund von sinkenden Preisen bei Hotels und Restaurants sowie bei Treibstoffen auf –0,4 %. Die Arbeitslosigkeit erhöhte sich seit Februar um 2,2 Prozentpunkte auf 8,1 % im August. Wegen der starken Abhängigkeit der kroatischen Wirtschaft vom Tourismus und der großen Bedeutung Italiens als Handelspartner dürfte das BIP in diesem Jahr um 8,0 % schrumpfen. Ein Hilfspaket in Höhe von rund 10 % des BIP sollte die negativen Effekte der Corona-Krise mildern. EU-Mittel aus dem EU-

Aufbauplan mit einem Volumen von rund 8 % des BIP dürften die Konjunktur in den Jahren 2021 und 2022 stützen. Im nächsten Jahr wird das Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um 5,0 % zunehmen.

Im zweiten Quartal sank das Bruttoinlandsprodukt in **Bulgarien** um 10,0 % im Vorquartalsvergleich, zum Vorjahreszeitraum schrumpfte die Wirtschaftsleistung um 8,5 %. Dieser Rückgang war hauptsächlich auf den Einbruch der Investitionen zurückzuführen, während der private Konsum nur leicht zurückging. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich seit Februar um 2,1 Prozentpunkte und belief sich im August auf 6,2 %. Um die negativen Effekte der Corona-Krise abzumildern, wurden fiskalische Maßnahmen von etwa 10 % des BIP beschlossen. Mittel aus dem EU-Aufbauplan in Höhe von rund 10 % des BIP dürften die Wirtschaft in den Jahren 2020 und 2021 zusätzlich stützen. Nach einem Rückgang um 4,5 % im laufenden Jahr dürfte das Bruttoinlandsprodukt im nächsten Jahr um 4,3 % wachsen.

In **Russland** nahm die Wirtschaftsleistung im ersten Halbjahr um 3,4 %, im zweiten Quartal um 8,0 % im Vorjahresvergleich, ab. Infolge des Lockdowns und der Einschränkungen, die weit in den Juni hinein andauerten, sowie aufgrund einer schwachen Entwicklung der Haushaltseinkommen und einer steigenden Arbeitslosigkeit schrumpfte der private Konsum kräftig. Die Investitionen waren ebenfalls stark rückläufig. Dies ist einerseits auf die OPEC+-Vereinbarung zurückzuführen, die eine Senkung der Öl-Fördermenge vorsieht, und andererseits auf die schwache Nachfrage und restriktive Finanzierungsbedingungen. Die gedämpfte Inlandsnachfrage führte zu einem kontinuierlichen Rückgang der Teuerungsrate. Infolgedessen hat die russische Zentralbank seit Sommer letzten Jahres die Geldpolitik kontinuierlich gelockert. Um die Effekte der Corona-Krise zu dämpfen, hat die Regierung ein Finanzpaket mit einem Volumen von 3,5 % der Wirtschaftsleistung beschlossen. Die indirekte steuerliche Unterstützung beträgt bis zu 1,5 % des BIP. Infolgedessen wird für dieses Jahr ein beträchtliches Defizit der öffentlichen Haushalte erwartet. Nach einem Rückgang um 5,0 % im laufenden Jahr dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2021 um 3,0 % steigen.

Tabelle 3: Internationale Rahmenbedingungen*Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent*

	2017	2018	2019	2020	2021
BIP, real					
Deutschland	2,6	1,3	0,6	-5,5	4,5
Italien	1,7	0,9	0,3	-9,3	6,0
Frankreich	2,3	1,8	1,5	-9,5	6,5
Vereinigtes Königreich	1,9	1,3	1,5	-10,0	7,0
Schweiz	1,8	2,8	0,9	-5,3	4,5
USA	2,3	3,0	2,2	-4,0	4,0
Japan	2,2	0,3	0,7	-5,5	2,5
China	6,9	6,7	6,1	1,5	7,5
Polen	4,9	5,3	4,1	-4,0	4,3
Slowakei	3,0	3,9	2,4	-7,5	5,5
Tschechien	5,2	3,2	2,3	-7,5	5,0
Ungarn	4,3	5,1	4,9	-6,0	4,5
Slowenien	4,8	4,1	2,4	-7,5	4,5
MOEL-5 ⁱ	4,7	4,7	3,6	-5,4	4,6
Bulgarien	3,5	3,1	3,4	-4,5	4,3
Rumänien	7,1	4,4	4,1	-4,0	4,3
Kroatien	3,1	2,7	2,9	-8,0	5,0
Russland	1,8	2,5	1,3	-5,0	3,0
Euroraum	2,6	1,8	1,3	-7,4	5,6
NMS-6 ⁱⁱ	5,0	4,5	3,8	-5,0	4,5
EU-27 ⁱⁱⁱ	2,8	2,1	1,5	-7,1	5,5
OECD	2,7	2,3	1,7	-5,4	4,5
Welt	3,9	3,4	2,7	-4,0	5,3
Welthandel (Waren laut CPB)	4,8	3,3	-0,3	-8,5	5,5
Österreichische Exportmärkte	5,8	3,7	1,7	-9,0	5,5
USD/EUR Wechselkurs ^{iv}	1,13	1,18	1,12	1,14	1,19
Rohölpreis ^{iv}	54,8	71,7	64,6	41,5	47,3

ⁱMOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, SlowenienⁱⁱNMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatienⁱⁱⁱohne Vereinigtes Königreich^{iv}absolute Werte

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen

3 Die österreichische Außenwirtschaft

Das aktuelle Konjunkturbild der **österreichischen Außenwirtschaft** ist von dem auf den Einbruch im zweiten Quartal folgenden Erholungsprozess geprägt. Die weltweite Rezession und hohe Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Pandemie werden die für Österreich wichtige Nachfrage nach Investitionsgütern dämpfen. Vor allem für die Erholung im Reiseverkehr stellt die Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Pandemie ein hohes Risiko dar. Gelingt es nicht, die Anzahl der Neuinfektionen unterhalb einer international als sicher empfundenen Schwelle zu halten, könnten Reisewarnungen für Österreich aus wichtigen touristischen Herkunftsländern die Wintersaison stark beeinträchtigen.

Im zweiten Quartal sanken die realen Ausfuhren Österreichs um 18,1 % gegenüber dem Vorquartal. Die Industrieproduktion fiel um 12,8 % und die realen Warenexporte schrumpften um 16,9 %. Bis auf Frankreich und die Schweiz brachen die Exporte in alle wichtigen Handelsdestinationen Österreichs im zweistelligen Prozentbereich ein. Der Rückgang erstreckte sich mit Ausnahme der chemischen Erzeugnisse auf alle anteilsstarken Gütergruppen. Die nominellen Güterexporte lagen im Juni noch um knapp 12 % unter dem Vorjahresniveau. Zeitnahe Indikatoren über den Gütertransport in Österreich deuten auf eine Erholung im August auf –7 % hin. Bisher blieb eine kräftige Erholung bei den Exportaufträgen aus. Besonders stark fiel der Rückgang bei den Dienstleistungsexporten mit 20,9 % gegenüber dem Vorquartal aus. Die Nächtigungen der heimischen TouristInnen fielen um knapp 60 % und jene der ausländischen um über 80 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Im August lagen die gesamten Nächtigungen nur mehr um 11,2 % unterhalb des Vorjahresniveaus. Bei den ausländischen Gästen betrug der Rückgang 35,6 %, die inländischen Nächtigungen nahmen um 15,6 % zu.

Die realen Warenexporte dürften im laufenden Jahr um 8,5 % einbrechen und im kommenden Jahr um 6,0 % wachsen. Reisewarnungen und regionale Maßnahmenverschärfungen werden die Erholung im Tourismus abschwächen. Die Reiseverkehrsexporte werden im laufenden Jahr wohl um 33,0 % einbrechen. Im folgenden Jahr wird ein Wachstum um 25,0 % erwartet. Die realen Exporte i.w.S. laut VGR werden im laufenden Jahr voraussichtlich um 9,6 % schrumpfen und im kommenden Jahr um 6,7 % wachsen. Von der Investitionsprämie wird für das dritte und vierte Quartal des laufenden Jahres ein positiver Impuls auf die Importnachfrage nach Gütern erwartet. Die realen Warenimporte dürften im laufenden Jahr um 7,3 % schrumpfen und im folgenden Jahr um 5,8 % wachsen. In Summe dürften die realen Importe i.w.S. laut VGR im laufenden Jahr um 7,9 % fallen und im kommenden Jahr um 5,8 % steigen.

4 Perspektiven der Inlandskonjunktur

Während der ersten Hälfte des laufenden Jahres war das österreichische Konsumklima von der COVID-19-Pandemie und den zu ihrer Eindämmung gesetzten Maßnahmen dominiert. Nach vorläufigen Berechnungen sank der reale Konsum im Jahresvergleich bereits im ersten Quartal um 4,5 %. Im zweiten Quartal kam es dann zu einem Einbruch um mehr als 16 %. Allerdings waren verschiedene Nachfragekategorien ganz unterschiedlich betroffen, unter anderem verzeichneten die Nachfrage nach Lebensmitteln und der Online-Handel sogar Zuwächse. Insgesamt fielen die realen Umsätze im Einzelhandel (ohne Kfz), die sich in normalen Zeiten völlig parallel zum Konsum der Haushalte bewegen, im ersten Halbjahr nur um weniger als 2 %. Der Einbruch in der Haushaltsnachfrage war also in jenen Kategorien stark, die nicht im Einzelhandel über den Ladentisch gehen, vor allem bei Kraftfahrzeugen und bei Dienstleistungen.

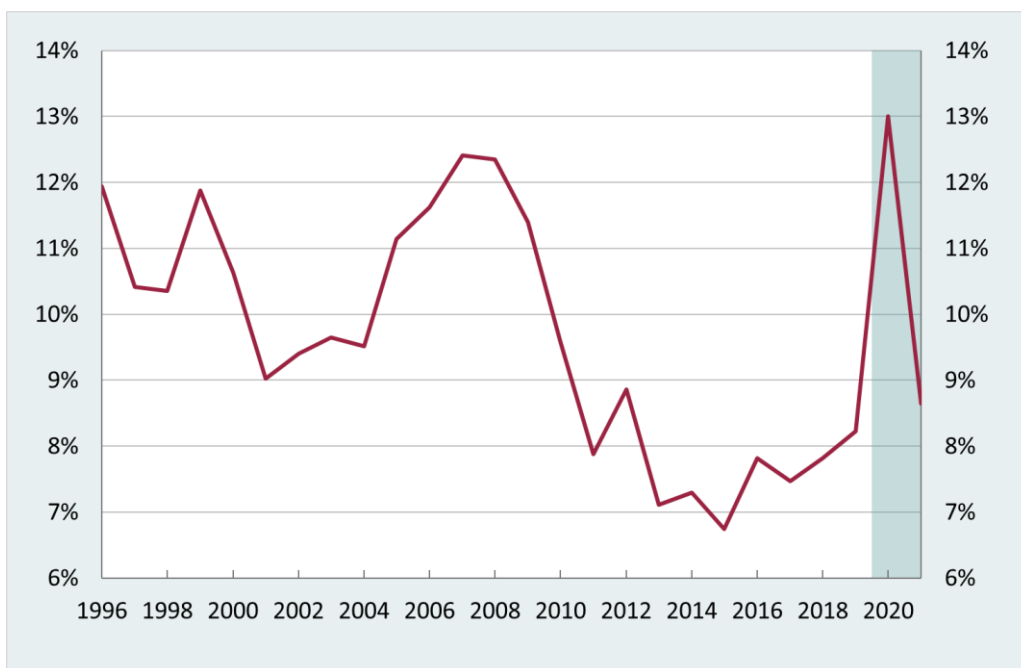
Für eine Einschätzung des Konsumverhaltens der österreichischen Haushalte im weiteren Verlauf des laufenden Jahres ist also entscheidend, ob jene Kategorien, in denen die Nachfrage lebhaft ist, andere kompensieren, in denen sie fortgesetzt ausbleibt. Letzte Meldungen deuten darauf hin, dass sich die Haushalte derzeit eher weniger auf die Anschaffung von Kraftfahrzeugen konzentrieren, für Güter, die dem täglichen Bedarf nahe sind, aber gerne tief in die Tasche greifen. Auch die Nachfrage nach Dienstleistungen kommt nun langsam wieder in Schwung. Viel wird vom Weihnachtsgeschäft abhängen und natürlich allgemein davon, inwieweit die Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung den Konsum beeinträchtigen oder unattraktiv machen.

Der **Konsum der privaten Haushalte** erleidet heuer inflationsbereinigt eine negative Wachstumsrate von –6,5 %. Dieser Rückgang ist deutlicher als die Einbußen bei den Realeinkommen von –1,2 %, wobei die Differenz, wie bereits motiviert, zunächst den direkten Lockdown-Effekt und sodann die fortgesetzte Zurückhaltung in einigen Bereichen ausdrückt. Im kommenden Jahr wird der Nachfrageeinbruch nicht zur Gänze kompensiert, der reale private Konsum wird um 5,5 % wachsen. Spielraum zu einer kräftigen Wiederaufnahme der Konsumnachfrage im kommenden Jahr haben die privaten Haushalte jedenfalls, denn ihre verfügbaren Realeinkommen werden um 0,4 % wachsen. Durch diese Abfolge von starkem Konsumrückgang und darauffolgender Kompensation ergibt sich für die Haushalts-Sparquote 2020 ein hoher Wert von 13,0 %, 2021 dann ein Rückgang auf 8,6 %.

Die Abbildung 9 zeigt die längerfristige Entwicklung der **Haushaltssparquote**. Während der Jahre 2015 bis 2019 hat sich diese Kenngröße in einem kontinuierlichen Aufbau befunden. In dieser Phase genossen die privaten Haushalte deutliche

Realeinkommenszuwächse, die genügend Spielraum boten, um Sparziele und Anschaffungspläne gleichzeitig zu verfolgen. Diese erstarkende Sparneigung bei befriedigenden Einkommenszuwächsen trifft nun auf die verordnete Konsumruhe während der Lockdown-Phase, gepaart mit empfindlichen Realeinkommenseinbußen. Gemeinsam mit einer gewissen Zurückhaltung in der Folge entsteht ein Spitzenwert, der kurzzeitig wieder ein zweistelliges Niveau repräsentiert, wie es für die Zeit vor der Finanzkrise typisch war. Im nächsten Jahr fällt dann die Haushaltssparquote schnell wieder ab, denn die privaten Haushalte kehren allmählich zu den Konsummustern zurück, die sie vor der Corona-Krise gewohnt waren.

Abbildung 9: Sparquote der privaten Haushalte



Quelle: Statistik Austria, ab 2020 Prognose des IHS

Das vergleichsweise kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter** reagiert ebenfalls im Einklang mit dem Gesamtbild. Die Förderungsmaßnahmen für gemeinnützige Vereine dämpfen in diesem Sektor die Auswirkungen der Corona-Krise. Für das laufende Jahr wird hier ein im Vergleich zu anderen Nachfragekategorien leichter Rückgang um 1,7 % ausgewiesen, für das kommende Jahr ein kompensierendes Wachstum von 2,5 %. Unter Einschluss dieser Non-Profit-Dienste ergeben sich für den privaten Konsum insgesamt reale Wachstumsraten von –6,3% (2020) und 5,4% (2021).

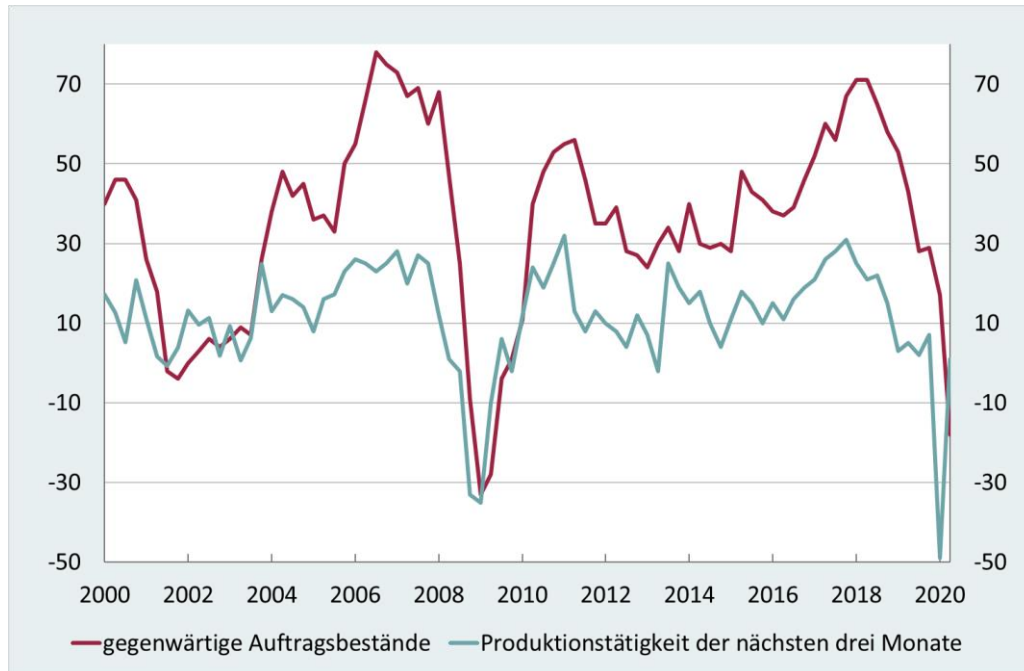
Nachdem die **realen Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen** bereits im vierten Quartal 2019 und im ersten Quartal 2020 im Vorjahresvergleich gesunken waren,

brachen sie zwischen April und Juni gemäß der aktuellen VGR-Quartalsrechnung um 15,3 % ein. Daraus ergibt sich für das erste Halbjahr ein Rückgang um 10,0 %. Besonders stark wurden die Anschaffungen von Fahrzeugen (–29,0 %) und die Investitionen in „andere Maschinen und Ausrüstungen“ (–15,0 %) eingeschränkt. Bei den Investitionen in Güter der Informations- und Kommunikationstechnologie belief sich der Einbruch im ersten Halbjahr auf knapp 8 %, hingegen waren die Investitionen in geistiges Eigentum um 4,2 % höher als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Die Konjunkturindikatoren, etwa zur Auftragsentwicklung oder zur Stimmung in den Unternehmen, sprechen für ein starkes Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen im dritten Quartal, das in weiterer Folge an Schwung verlieren dürfte. So haben sich die Einschätzungen der Industrieunternehmen bezüglich der künftigen Produktionstätigkeit von ihrem Einbruch aus dem Frühjahr erholt, sind aber noch deutlich pessimistischer als vor der Krise (Abbildung 10). Insbesondere zeigen sich die Unternehmen hinsichtlich der Auftragslage zurückhaltend. Ein ähnliches Bild zeichnet die Kapazitätsauslastung in der Industrie, die nach ihrem scharfen Rückgang während des Lockdowns wieder etwas gestiegen ist, aber noch weit von ihrem langjährigen Durchschnitt oder dem Vorkrisenniveau entfernt ist (Abbildung 11). Auch die noch immer sehr hohe Unsicherheit lastet auf der Investitionstätigkeit.

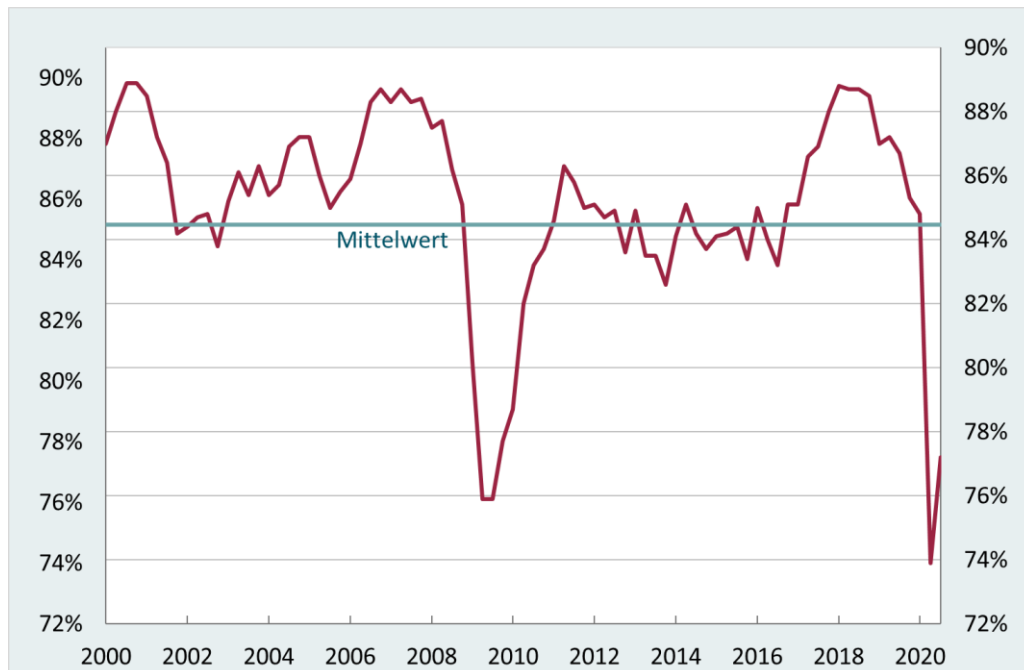
Die Pandemie erschwert die Finanzierung von Investitionen. Die Gewinne brechen ein, was die Innenfinanzierungsmöglichkeiten einschränkt. Zudem agieren die Banken vorsichtiger bei der Kreditgewährung. Daher unterstützt der Staat die Kreditvergabe durch die Gewährung von Garantien. In der vierteljährlichen euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft (*bank lending survey*) gaben die österreichischen Banken an, dass sie aufgrund der staatlichen Garantien bei der Kreditvergabe weniger restriktiv sind, als sie es sonst aus wirtschaftlichen und regulatorischen Gründen sein müssten. Vor allem wegen der größeren Ausfallrisiken haben die Banken die Kreditbedingungen für Unternehmenskredite im ersten Halbjahr 2020 verschärft. Anders als in den Vorjahren haben im ersten Halbjahr auch die notleidenden Kredite zu einer Verschärfung der Kreditbedingungen beigetragen. Für das zweite Halbjahr wird eine Fortsetzung dieser Entwicklung erwartet.

Abbildung 10: Auftragsbestände und Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate
Saldo aus positiven und negativen Antworten



Quelle: Industriellenvereinigung

Abbildung 11: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie
saisonbereinigt



Quelle: Europäische Kommission

Die Fiskalpolitik stützt die Investitionstätigkeit. Neben den staatlichen Garantien für Bankkredite sehen die Maßnahmen eine Stärkung der Eigenkapitalbasis, einen Verlustrücktrag, die Möglichkeit einer degressiven Abschreibung von Investitionen und, befristet für den Zeitraum 1. September 2020 bis 28. Februar 2021, eine Investitionsprämie vor. Unter den beschriebenen Rahmenbedingungen dürften die realen Ausrüstungsinvestitionen im Jahresdurchschnitt 2020 um 8,5 % einbrechen und im kommenden Jahr um 5,0 % steigen.

Der Nachfragerückgang und der Einbruch der Energie- und Rohstoffpreise dämpfen den ohnehin in der Tendenz geringen Auftrieb der Investitionsgüterpreise noch weiter. So stieg der Deflator der Ausrüstungsinvestitionen im zweiten Quartal 2020 nur um 0,5 % gegenüber dem gleichen Vorjahresquartal. Saisonbereinigt war er sogar leicht rückläufig. Unter der Annahme einer moderaten Erholung der Preise für Öl und Industrierohstoffe dürften die Investitionsgüterpreise im Prognosezeitraum wieder etwas stärker anziehen. Das Institut erwartet, dass der Deflator der Ausrüstungsinvestitionen in den Jahren 2020 und 2021 um 0,7 % bzw. 1,1 % steigen wird.

Nachdem sich die **realen Bauinvestitionen** im ersten Quartal vergleichsweise stabil entwickelt hatten, brachen sie im zweiten Quartal ein. In saisonbereinigter Betrachtung waren die Wohnbauinvestitionen im zweiten Quartal um 6,5 % und die sonstigen Bauinvestitionen um 10,7 % niedriger als im vierten Quartal 2019, also vor der Krise. Die gesamten realen Bauinvestitionen unterschritten ihren Stand vom Jahresende um 9,0 %.

Gemäß dem wöchentlichen BIP-Indikator der Oesterreichischen Nationalbank hatten im Zuge der wirtschaftlichen Erholung die Bauinvestitionen Mitte September wieder annähernd ihr Niveau von vor der Krise erreicht. Im Prognosezeitraum dürfte sich die Erholung fortsetzen. Gleichwohl sprechen einige Faktoren dafür, dass die Belebung im Winterhalbjahr nur wenig Schwung entfalten wird. So sind die Baubewilligungen nach einer kräftigen Zunahme um knapp 23 % im zweiten Halbjahr 2019 im ersten Quartal 2020 um 24,5 % eingebrochen. Eine ähnliche Entwicklung ist für das zweite Quartal zu erwarten (für das die entsprechenden Daten noch nicht vorliegen), denn während des Lockdowns konnten viele Bauanträge nicht bearbeitet werden. Die fehlenden Bewilligungen lasten in den kommenden Monaten auf der Wohnbautätigkeit. Zudem dürften die hohe Unsicherheit und die gestiegene Arbeitslosigkeit den privaten Wohnbau belasten. Auch hat sich die Zuwanderung nach Österreich zuletzt verringert, sodass der Bedarf an neuem Wohnraum nicht mehr so rasch wächst. Gestützt wird der Wohnbau vom Bedarf an thermischer Gebäudesanierung und von den niedrigen Zinsen. Allerdings gaben die Banken in der Umfrage zum Kreditgeschäft an, dass sie die Kreditrichtlinien und Margen für Kredite an private Haushalte verschärft hätten, was vor allem mit einer veränderten Risikoeinschätzung begründet wurde. Gestützt wird die Wohnbautätigkeit nach wie vor von den steigenden Immobilienpreisen. In Österreich

ohne Wien beschleunigte sich der Preisanstieg von 2,8 % im ersten auf 6,8 % im zweiten Quartal, in Wien nahm er leicht von 3,9 % im ersten auf 4,1 % im zweiten Quartal zu.

Die Bauinvestitionen der Unternehmen dürften sich im Prognosezeitraum nur schleppend entwickeln, denn hier wirken dieselben Belastungsfaktoren wie bei den Ausrüstungsinvestitionen. Zusätzlich dürfte die Corona-Krise Verhaltensanpassungen wie verstärktes Arbeiten von zu Hause nach sich ziehen, was die Nachfrage nach Büroimmobilien verringert. Die Bauinvestitionen der Gebietskörperschaften geraten durch den Einbruch der öffentlichen Einnahmen unter Druck. Die Bundesregierung federt dies ab, indem sie die Investitionen der Kommunen finanziell fördert. Die Konjunkturpakete sehen auch öffentliche Investitionen in den Bereichen erneuerbare Energien und Breitbandausbau sowie für die Sanierung öffentlicher Gebäude vor. Alles in allem dürften die Bauinvestitionen heuer um 4,5 % sinken und im kommenden Jahr um 3,0 % steigen.

Im Zuge der Krise hat sich auch der Preisauftrieb im Baubereich abgeschwächt, wobei die Baupreise nach wie vor stärker zulegen als das allgemeine Preisniveau. Im ersten Halbjahr waren die Preise im Hochbau um 3,1 % und im Tiefbau um 1,9 % höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Für den gesamten Baubereich ergibt sich daraus eine Steigerung um 2,6 %. Der Deflator der Bauinvestitionen erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 2,8 %. Bei den Baukosten hat sich der Anstieg zuletzt spürbar abgeschwächt, was vor allem auf die Entwicklung der Treibstoff- und Materialpreise zurückzuführen ist. Die Entwicklung der Baukosten, insbesondere im Tiefbau, spricht für eine weitere Abnahme der Preisdynamik im dritten Quartal. Unter der Annahme eines gedämpften Anstiegs der Löhne und der Energie- und Rohstoffpreise dürften die Baupreise im Prognosezeitraum moderat zulegen. Daraus ergibt sich für den Deflator der Bauinvestitionen eine Steigerung um 2,6 % im laufenden bzw. 2,3 % im kommenden Jahr.

Aus der Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen ergibt sich für die **Bruttoanlageinvestitionen** ein Rückgang um 6,7 % im Jahr 2020 und ein Anstieg um 4,1 % im kommenden Jahr. Die Investitionsquote, gemessen als Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am nominellen Bruttoinlandsprodukt, ist im vergangenen Jahr von 24,0 % auf 24,7 % gestiegen und dürfte gemäß der vorliegenden Prognose im Prognosezeitraum stabil bleiben. Die Lagerbestandsveränderungen verhalten sich üblicherweise prozyklisch. Sie haben im vergangenen Jahr negativ zur Änderung des Bruttoinlandsprodukts beigetragen, und das dürfte auch heuer so sein. Im kommenden Jahr dürften sie wachstumsneutral sein. Die gesamten **Bruttoinvestitionen** (Anlageinvestitionen plus Lagerbestandsveränderungen) gehen gemäß dieser Prognose im Jahr 2020 um 9,7 % zurück und steigen im Jahr 2021 um 4,1 %.

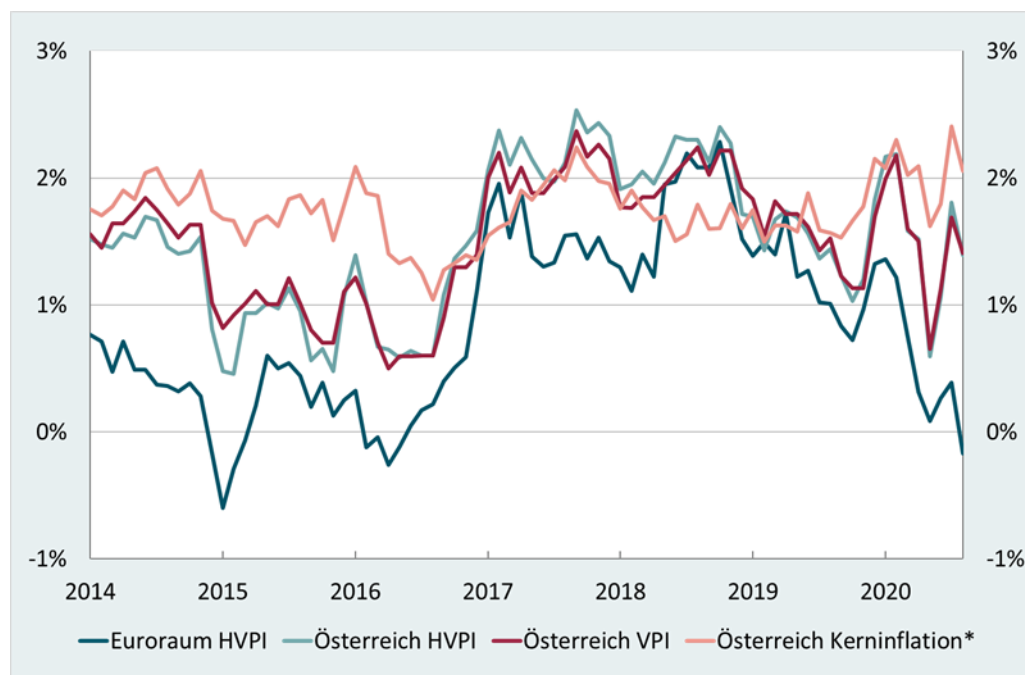
Durch den Wirtschaftseinbruch und insbesondere die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie ist die Lage der **öffentlichen Haushalte** stark angespannt und die Abschätzung der konkreten Höhe des Budgetdefizits ist mit hoher Unsicherheit behaftet. Deutlich ist inzwischen die starke Belastung der Staatsfinanzen durch das pandemiebedingte Herunterfahren der österreichischen Volkswirtschaft in den ersten beiden Quartalen des Jahres 2020. Das Defizit für diesen Zeitraum beträgt laut Statistik Austria 16,8 Mrd. Euro (rund 9,4 % des BIP), getrieben sowohl durch einen deutlichen Rückgang der Staatseinnahmen (6,4 %; 6 Mrd. Euro) als auch einen noch stärkeren Anstieg der Staatsausgaben (12 %; 11,3 Mrd. Euro). Zwar lässt sich anhand dieser Werte eine ungefähre Größenordnung der zu erwartenden fiskalischen Belastungen abschätzen, allerdings unterliegen die Prognosen für das Jahr 2020 noch immer hohen Unsicherheiten. Bei den Staatsausgaben gilt dies insbesondere aufgrund der unklaren tatsächlichen Inanspruchnahme der staatlichen Hilfen. Ein Beispiel hierfür ist der Fixkostenzuschuss mit deutlichen Diskrepanzen zwischen budgetärem Rahmen (12 Mrd. Euro), Einzahlungen in den COVID-19-Krisenfonds (6 Mrd. Euro) und tatsächlichen Auszahlungen (derzeit rund 174 Mio. Euro). Diese Unterschiede sind darauf zurückzuführen, dass viele Unternehmen erst mit Ablauf des Jahres 2020 ihre Anträge stellen werden, um die Monate mit dem höchsten Umsatzrückgang ansetzen zu können. Die Unsicherheiten über die Entwicklung der Staatsfinanzen sind für das Jahr 2021 noch wesentlich höher, auch wenn inzwischen klar ist, dass sich das Zurückfahren der Defizite aufgrund weiterlaufender Hilfsmaßnahmen über das Jahr 2021 hinausziehen wird. Der einzige positive Einflussfaktor auf die Staatsfinanzen ist das weiterhin äußerst niedrige Zinsniveau, welches sowohl eine sinkende Zinslast der bestehenden Staatsschulden zur Folge hat als auch die Finanzierungskosten der Krisenprogramme vorerst moderat hält. In Summe erwartet das Institut für das Jahr 2020 ein Defizit nach Maastricht in Höhe von 11,7 % des BIP sowie ein Defizit in Höhe von 6,1 % für das Jahr 2021.

Die **Inflation**, gemessen am Anstieg des VPI, betrug nach 2,0 % zu Jahresbeginn und 0,6 % im Mai zuletzt 1,4 % im August. Preisdämpfend wirkte insbesondere die Entwicklung an den Rohölmärkten. Demgegenüber steht aber eine robuste Entwicklung bei den Lebensmittelpreisen sowie bei den Preisen für Industriegüter, insbesondere dauerhafte Güter wie Möbel oder Fahrzeuge. Im Dienstleistungsbereich trieben vor allem die Wohnungsmieten die Preise, aber auch die Bewirtschaftungsdienstleistungen trugen – im Gegensatz zu den Beherbergungsdienstleistungen – deutlich zum Preisanstieg bei.

Normalerweise wirkt sich eine Rezession preisdämpfend aus. Allerdings gibt es in dieser atypischen Rezession eine Reihe von Umständen, die einer breiten Preissenkung entgegenstehen. So sind z.B. die Angebote insbesondere im Unterhaltungsbereich

eingeschränkt, etwa durch die vorgeschriebene Verringerung der Ticketanzahl je Vorführung. Auch höhere Kosten aufgrund von Hygienemaßnahmen fallen an und dürften auch an die Kunden weitergereicht werden. Die Mehrwertsteuersenkung, die einen Teil des Warenkorbs betrifft, sollte prinzipiell preisdämpfend wirken. Das Ausmaß der Steuersenkung ist aber im historischen Vergleich eher gering. Außerdem müsste diese auch in Form von Preissenkungen an die Endkunden weitergegeben werden. In Summe dürfte dieser Effekt somit vernachlässigbar sein. Die Erhöhung der Tabaksteuer zum 1. Oktober wird erfahrungsgemäß weitergegeben und wirkt preistreibend. Der Preisverfall bei den Energiepreisen dürfte noch bis in den Frühling 2021 nachwirken (Basisseffekt). Der Kollektivvertragsabschluss in der Metallindustrie mit 1,45 % wird sich ebenfalls nicht preistreibend niederschlagen. Der etwas stärkere Euro wirkt über günstigere Importpreise preisdämpfend. In Summe erwartet das Institut für das Gesamtjahr 2020 eine Inflationsrate von 1,4 % und von 1,6 % im nächsten Jahr.

Abbildung 12: Inflation in Österreich und im Euroraum



*Inflation ohne Nahrungsmittel und Energie in Österreich
Quelle: Eurostat, Statistik Austria, eigene Berechnungen

Das Inflationsdifferenzial Österreichs im Vergleich zum Euroraum hat sich zuletzt stark ausgeweitet. Dies ist zum einen auf die breit angelegte temporäre Mehrwertsteuersenkung in Deutschland zurückzuführen. Zum anderen bleibt der Preisdruck in Österreich vergleichsweise stabil bzw. erhöht sich sogar (Wohnungsmieten, Bewirtschaftungsdienstleistungen, Güter). Für den Euroraum geht das Institut von Inflationsraten von 0,3 % im Jahr 2020 und 1,1 % im Jahr 2021 aus.

Mit dem Lockdown der österreichischen Wirtschaft brach die Beschäftigung ein und die Arbeitslosigkeit kletterte auf historische Höchststände. Dabei verhinderte das Corona-Kurzarbeitsmodell einen noch stärkeren Anstieg der Arbeitslosenzahlen. Im Zuge der Lockerung der Eindämmungsmaßnahmen und der anziehenden wirtschaftlichen Aktivität hat sich die Lage am Arbeitsmarkt etwas entspannt. Im Jahresdurchschnitt 2020 dürfte die Arbeitslosenquote (nationale Definition) 9,9 % betragen und könnte nächstes Jahr auf 9,4 % sinken. Damit käme die Arbeitslosenquote aber immer noch deutlich über dem Vorkrisen-Niveau zu liegen (7,4 % im Jahr 2019). Die geplante kräftige Ausweitung der Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik sollte einer Verfestigung der Arbeitslosigkeit entgegenwirken.

Der Mitte März einsetzende Wirtschaftseinbruch führte zu einem Rückgang der Zahl der **Aktiv-Beschäftigten** um 5 %. Ende Mai lag die Beschäftigung noch um 4 % unter dem Vorjahresniveau, wobei knapp ein Drittel der Beschäftigten zur Kurzarbeit angemeldet waren. In den folgenden Monaten stieg die Beschäftigung wieder etwas. Im August ist die Beschäftigung im Jahresabstand nur noch um 42.000 Personen bzw. 1,1 % gesunken. Sektoral zeigen sich deutliche Unterschiede. Während die Beschäftigtenzahlen in der Sachgüterproduktion und im Dienstleistungssektor um rund 1,5 % zurückgingen, erhöhte sich die Beschäftigung am Bau um 2,1 %. Kräftige Arbeitsplatzverluste verzeichneten die Branchen Gastronomie (–10,5 %), sonstige Dienstleistungen (–4,4 %) sowie wirtschaftsnahe Dienstleistungen (–3,6 %) und der Bereich Metall (–3,0 %).

In den kommenden Monaten dürfte sich die Stabilisierung der Beschäftigungsdynamik fortsetzen, sodass gegenwärtig für den Jahresschnitt 2020 mit einem Rückgang der Aktiv-Beschäftigung um 1,6 % gerechnet wird. Im kommenden Jahr könnte die Beschäftigung mit der verbesserten Wirtschaftsdynamik um 1,3 % zulegen.

Im Zeitraum Mitte März bis Mitte April stieg die Zahl der vorgemerkten **Arbeitslosen** von 330.000 auf 534.000 Personen. Mit der anziehenden wirtschaftlichen Aktivität ging die Arbeitslosenzahl stetig zurück. Ende September lag die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen aber immer noch um 75.000 Personen bzw. 27,5 % über dem Vorjahresniveau. In sektoraler Sicht expandierte die Arbeitslosigkeit breitflächig. Im Mai reflektierte die sektorale Entwicklung der Arbeitslosigkeit noch zu einem Gutteil die wirtschaftlichen Einschränkungen durch den Lockdown, wovon insbesondere die Branchen Gastronomie, Kunst/Unterhaltung/Erholung, persönliche Dienstleistungen, Verkehr und der Handel mit nicht-lebenswichtigen Gütern betroffen waren. Bis Ende September haben sich die sektoralen Unterschiede aber merklich verringert. Überdurchschnittlich gestiegen ist die Arbeitslosigkeit in den Bereichen Verkehr (46,1 %), Gastronomie (40,2 %) und am Bau (34,1 %), während die öffentlichen Dienstleistungen den geringsten Anstieg (15,7 %) aufwiesen.

Tabelle 4: Arbeitsmarktentwicklung Jänner bis August 2020*Veränderungen gegenüber Vorjahr*

	in Köpfen	in Prozent
Beschäftigte	–87.002	–2,3 %
Männer	–47.575	–2,3 %
Frauen	–39.428	–2,2 %
Aktiv-Beschäftigte ⁱ	–82.698	–2,2 %
Primärer Sektor	19	0,0 %
Sachgüterproduktion	–8.801	–1,4 %
Bau	–2.570	–1,0 %
Dienstleistungssektor	–71.388	–2,6 %
Arbeitslose gesamt	119.169	39,6 %
Männer	63.816	38,3 %
Frauen	55.353	41,2 %
Personen in Schulungsmaßnahmen des AMS	–7.534	–12,3 %

ⁱ ohne Personen mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis, die Kindergeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten

Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, AMS, eigene Berechnungen

Die Prognose der Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist weiterhin mit hoher Unsicherheit behaftet. Aufgrund fehlender Angaben über die genaue Ausgestaltung der geplanten Arbeitsstiftung wurde diese noch nicht berücksichtigt. Die steigenden Infektionszahlen könnten weitere Verschärfungen bei den Eindämmungsmaßnahmen auslösen und so die Arbeitsnachfrage im Tourismus und im Kulturbereich dämpfen. Der Abbau der Arbeitslosigkeit dürfte sich in den kommenden Monaten spürbar verlangsamen. Somit erwartet das Institut für den Jahresdurchschnitt 2020 einen Anstieg der Zahl der registrierten Arbeitslosen um 36 % auf 411.000 Personen. Damit ergibt sich eine Arbeitslosenquote von 9,9 %. Nächstes Jahr sollte sich die Arbeitsmarktlage aufgrund der Erholung der Wirtschaft etwas verbessern und die Arbeitslosenquote könnte auf 9,4 % fallen. Ausgehend von 4,5 % im Vorjahr dürfte die Arbeitslosenquote nach Eurostat-Definition in diesem Jahr auf 5,4 % ansteigen und im Jahr 2021 voraussichtlich 5,3 % betragen.

In der aktuellen Situation sind fiskalpolitische Maßnahmen essentiell, um eine Konkurswelle zu verhindern und die Einkommenserwartungen zu stabilisieren. Automatische Stabilisatoren wie die Arbeitslosenversicherung glätten durch ihre

antizyklische Wirkung die Konjunktur. Eine weitere Einmalzahlung für die Arbeitslosen zu Jahresende wäre ökonomisch sinnvoll.

Ohne die Corona-Kurzarbeit wäre der Beschäftigungsabbau deutlich stärker ausgefallen. Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung war die Verlängerung wohl notwendig. Anreize für die Unternehmen, die Kurzarbeit zu reduzieren, wären aber sinnvoll gewesen. Positiv ist die Kombination der Kurzarbeit mit Weiterbildungsaktivitäten zu bewerten, was die Mitnahmeeffekte senken sollte. Zu beachten ist aber auch, dass die Kurzarbeit strukturkonservierend wirkt. Eine allfällige weitere Verlängerung über den Winter hinaus wäre daher äußerst kritisch zu sehen.

Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, insbesondere zur Qualifizierung der Arbeitslosen, sind notwendig, um durch die Krise verursachte Humankapitalverluste zu kompensieren und dem Entstehen von Langzeitarbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Vor diesem Hintergrund sind die Pläne der Regierung, die Ausgaben für Qualifizierungsmaßnahmen kräftig auszuweiten, sehr positiv zu sehen. Mit dem Anziehen der Beschäftigungsnachfrage sind aber auch verstärkte Vermittlungsanstrengungen des Arbeitsmarktservice angezeigt, um den Abbau der Arbeitslosigkeit zu unterstützen und das Matching am Arbeitsmarkt zu verbessern.

5 Monetäre Prognose

Nach teilweisen Senkungen der Leitzinsen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie liegen diese nun international weiterhin nahe bei bzw. sogar unter null Prozent. So beträgt der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte im Euroraum 0 %, die Leitzinsen in den USA, im Vereinigten Königreich, der Schweiz und Japan liegen bei 0 % bis 0,25 % (Zielband), 0,1 %, –0,75 % bzw. –0,1 %.

Die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, war zuletzt äußerst gering, im August sogar negativ, und befindet sich damit markant unter der Zielmarke der EZB. Diese liegt unterhalb von, aber knapp bei 2 %. Im Juni, Juli und August betrug die Inflation im Euroraum 0,3 %, 0,4 % bzw. –0,2 %. Für den Jahresdurchschnitt 2020 wird mit einem Wert von 0,3 % gerechnet, danach sollte die Inflation etwas anziehen und im kommenden Jahr 1,1 % betragen. Die Leitzinsen im Euroraum werden im Prognosezeitraum wohl auf ihren niedrigen Niveaus verharren. Damit bleibt die Geldpolitik für Österreich deutlich expansiv ausgerichtet.

Tabelle 5: Leitzinsen

	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2017	0,05	1,25 – 1,5	0,5	–0,75	–0,1
Ende 2018	0	2,25 – 2,5	0,75	–0,75	–0,1
Ende 2019	0	1,5 – 1,75	0,75	–0,75	–0,1
5.10.2020	0	0 – 0,25	0,1	–0,75	–0,1

Für die Jahre 2017 und 2018 werden bei den Leitzinsen der Schweizerischen Nationalbank die mittleren Sätze des damals gültigen Zielbandes angegeben.

Quelle: Nationale Zentralbanken, Refinitiv Datastream

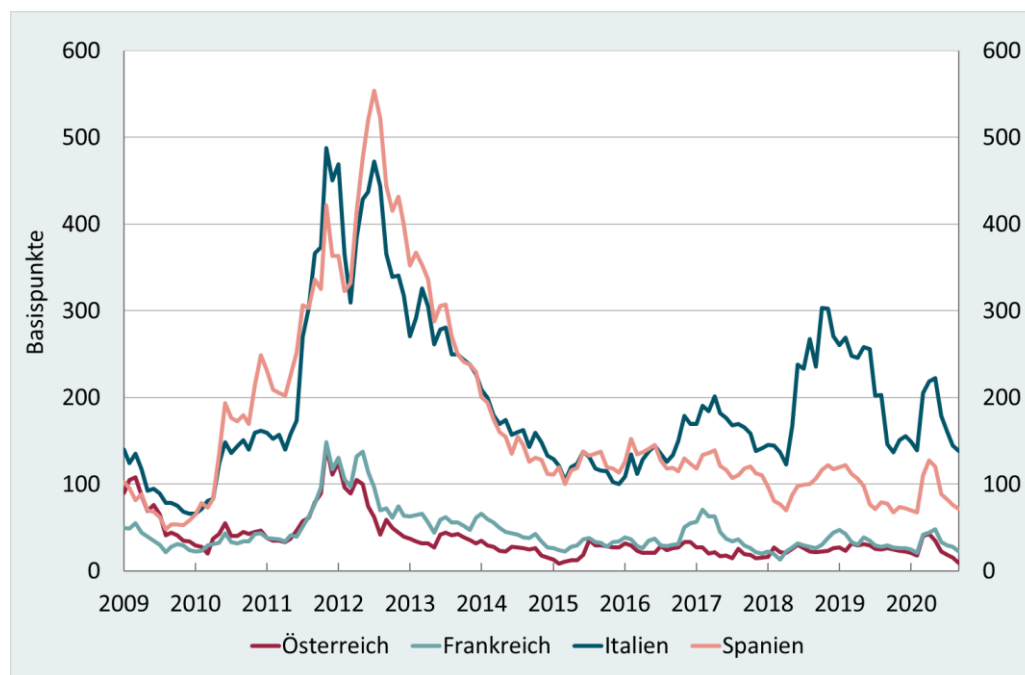
Die EZB führt ihr Pandemie-Notfallankaufprogramm (*Pandemic Emergency Purchase Programme*, PEPP) im Ausmaß von insgesamt 1.350 Mrd. Euro weiter fort, wobei die Wertpapiere bis Juni 2021 gekauft werden können. Daneben läuft auch das herkömmliche Programm zum Ankauf von Vermögenswerten mit einem Volumen von monatlich 20 Mrd. Euro und zusätzlich 120 Mrd. Euro bis Ende des Jahres weiter. In beiden Ankaufprogrammen werden die Tilgungsbeträge der erworbenen Wertpapiere bei Fälligkeit weiterhin wieder veranlagt, im Rahmen des PEPP bis mindestens Ende 2022, im Rahmen des herkömmlichen Ankaufprogramms bis nach dem Zeitpunkt, zu dem die EZB mit der Erhöhung der Leitzinsen beginnt. Zusätzlich wird weiterhin Liquidität im Rahmen der äußerst günstigen längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte zur Verfügung gestellt, um die Kreditvergabe von Banken zu stimulieren. Bezüglich künftiger Zinsentscheidungen kommuniziert die EZB weiterhin, dass die Leitzinsen

solange nicht angehoben werden, bis sich die Inflationsaussichten dem Inflationsziel von knapp unter 2 % nähern und sich dies auch in der zugrundeliegenden Inflationsdynamik widerspiegelt.

Die Geldmarktzinsen im Euroraum sind zuletzt im Einklang mit der Geldpolitik der EZB weitgehend konstant geblieben und notierten im Durchschnitt des dritten Quartals bei –0,5 %. Dies entspricht einem Rückgang um rund 20 bzw. 10 Basispunkte im Vergleich zum Vor- bzw. Vorjahresquartal. Für den Prognosezeitraum erwartet das Institut keine Veränderung der kurzfristigen Geldmarktzinsen. Der 3-Monats-Euribor sollte damit im laufenden und im kommenden Jahr –0,4 % bzw. –0,5 % betragen.

Die Renditen von Staatsanleihen haben zuletzt leicht nachgegeben. Österreichische und deutsche Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren notierten im dritten Quartal 2020 zu durchschnittlich –0,3 % bzw. –0,5 %. Dies bedeutet einen Rückgang der österreichischen Renditen um rund 20 bzw. 10 Basispunkte im Vergleich zum Vor- bzw. Vorjahresquartal und eine weitgehende Konstanz der deutschen Renditen im Vergleich zu Vor- bzw. Vorjahresquartal.

Abbildung 13: Renditeabstände zehnjähriger Staatsanleihen gegenüber Deutschland



Quelle: Refinitiv Datastream

Nach wie vor gelten deutsche Bundesanleihen als die sichersten Papiere im Euroraum, was den Druck auf die Renditen dieser Papiere hochhält und gleichzeitig bedeutet, dass die Staatsanleihen aller anderen Euroraum-Länder höhere Renditen aufweisen. Die Spreads (Renditeabstände) der besonders stark von der COVID-19-Pandemie

betroffenen Staaten haben sich im Frühjahr in Erwartung steigender Staatsschulden deutlich ausgeweitet (siehe Abbildung 13). Die Ankündigung des EZB-Notfallprogramms gekoppelt mit anderen europäischen und nationalen Stützungsprogrammen konnte diesen Anstieg jedoch abfangen, und momentan sind die Aufschläge wieder auf Vor-Corona-Niveaus. Das Institut rechnet damit, dass das Renditeniveau von Staatsanleihen in den stabilen Euroraum-Ländern in der Prognoseperiode nur marginal ansteigt. Für die Jahre 2020 und 2021 wird für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren eine durchschnittliche Rendite von $-0,3\%$ bzw. $-0,1\%$ prognostiziert.

Im Durchschnitt des dritten Quartals 2020 betrug der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar 1,17 USD/EUR, damit hat der Euro gegenüber dem Vor- bzw. Vorjahresquartal um jeweils rund 5% an Wert gewonnen. Für die Jahre 2020 und 2021 werden durchschnittliche Jahreskurse von 1,14 USD/EUR bzw. 1,19 USD/EUR erwartet.

Die Prognose des Instituts zur Entwicklung verschiedener Einlagekategorien und des vergebenen Kreditvolumens von in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten in den Jahren 2020 und 2021 fällt wie folgt aus. Die gesamten Einlagen sollten um $5,1\%$ bzw. $2,5\%$ steigen. Die Spareinlagen dürften im Prognosezeitraum schrumpfen, und zwar um $0,7\%$ bzw. $1,9\%$. Für das Kreditvolumen prognostiziert das Institut eine Ausweitung um $3,9\%$ bzw. $0,8\%$.

6 Tabellenanhang

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	340,812 0,7%	344,269 1,0%	351,118 2,0%	359,544 2,4%	368,820 2,6%	374,053 1,4%	348,829 -6,7%	365,242 4,7%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	333,146 2,9%	344,269 3,3%	357,608 3,9%	369,341 3,3%	385,362 4,3%	397,575 3,2%	377,110 -5,1%	399,987 6,1%
DEFLATOR DES BIP (2015=100)	97,751 2,2%	100,000 2,3%	101,848 1,8%	102,725 0,9%	104,485 1,7%	106,289 1,7%	108,107 1,7%	109,513 1,3%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2015=100)	99,097 1,7%	100,000 0,9%	100,900 0,9%	103,000 2,1%	105,100 2,0%	106,700 1,5%	108,194 1,4%	109,925 1,6%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	46,490 2,1%	47,455 2,1%	48,561 2,3%	49,281 1,5%	50,554 2,6%	51,846 2,6%	52,106 0,5%	52,497 0,8%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE (IN 1000 PERSONEN)	3415,529 0,7%	3448,745 1,0%	3502,431 1,6%	3573,088 2,0%	3661,127 2,5%	3720,041 1,6%	3660,520 -1,6%	3708,107 1,3%
ARBEITSLOSENQUOTE NATIONALE DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	8,354 0,736	9,111 0,757	9,059 -0,051	8,509 -0,550	7,700 -0,810	7,352 -0,348	9,907 2,555	9,407 -0,501

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
PRIVATER KONSUM	180,490 0,3%	181,371 0,5%	184,174 1,5%	187,707 1,9%	189,750 1,1%	191,360 0,8%	179,315 -6,3%	188,935 5,4%
ÖFFENTLICHER KONSUM	67,440 0,8%	68,033 0,9%	69,282 1,8%	69,890 0,9%	70,701 1,2%	71,748 1,5%	72,466 1,0%	73,553 1,5%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	76,380 -0,4%	78,138 2,3%	81,502 4,3%	84,859 4,1%	88,162 3,9%	91,678 4,0%	85,546 -6,7%	89,022 4,1%
LAGERVERÄNDERUNGEN <i>IN PROZENT DES BIP</i>	3,192 0,9	3,791 1,1	4,113 1,2	4,446 1,2	5,765 1,6	2,938 0,8	-0,062 0,0	-0,062 0,0
INLANDSNACHFRAGE	327,276 0,6%	331,356 1,2%	339,072 2,3%	347,643 2,5%	355,327 2,2%	359,232 1,1%	338,709 -5,7%	352,909 4,2%
AUSSENBEITRAG <i>IN PROZENT DES BIP</i>	13,455 3,9	12,913 3,8	12,046 3,4	11,842 3,3	13,463 3,7	14,824 4,0	10,127 2,9	12,342 3,4
BIP ZU MARKTPREISEN	340,812 0,7%	344,269 1,0%	351,118 2,0%	359,544 2,4%	368,820 2,6%	374,053 1,4%	348,829 -6,7%	365,242 4,7%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMPONENTEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
PRIVATER KONSUM	0,161	0,258	0,814	1,006	0,568	0,437	-3,220	2,758
ÖFFENTLICHER KONSUM	0,166	0,174	0,363	0,173	0,226	0,284	0,192	0,312
BRUTTOINVESTITIONEN	0,164	0,755	1,063	1,063	1,314	0,194	-2,451	1,005
ANLAGEINVESTITIONEN	-0,091	0,516	0,977	0,956	0,919	0,953	-1,639	0,997
LAGERVERÄNDERUNGEN	0,146	0,176	0,094	0,095	0,367	-0,767	-0,802	0,000
EXPORTE I.W.S.	1,470	1,587	1,586	2,626	3,047	1,663	-5,485	3,702
WAREN	1,037	1,153	1,071	1,858	2,082	0,853	-3,409	2,361
Dienstleistungen	0,433	0,434	0,515	0,769	0,965	0,805	-2,028	1,300
IMPORTE I.W.S.	-1,390	-1,746	-1,838	-2,684	-2,597	-1,294	4,229	-3,067
WAREN	-0,756	-1,490	-1,336	-1,633	-1,456	-0,417	2,790	-2,201
Dienstleistungen	-0,654	-0,249	-0,502	-1,042	-1,140	-0,883	1,436	-0,851
BRUTTOINLANDSPRODUKT	0,661	1,015	1,989	2,400	2,580	1,419	-6,743	4,705

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
HAUSHALTSSPARQUOTE <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	7,3 0,2	6,7 -0,6	7,8 1,1	7,5 -0,4	7,8 0,4	8,2 0,4	13,0 4,7	8,6 -4,3
INVESTITIONSQUOTE <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	22,7 -0,4	22,7 0,0	23,1 0,4	23,6 0,5	24,0 0,4	24,7 0,7	24,7 0,0	24,6 -0,1
REALZINSSATZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,70 -1,06	-1,55 -0,86	-1,48 0,08	-0,30 1,18	-1,02 -0,72	-1,69 -0,66	-1,97 -0,29	-1,37 0,60
HVPI - HARMONISIRTER VERBRAUCHERPREISINDEX	99,20 1,5%	100,00 0,8%	100,97 1,0%	103,22 2,2%	105,41 2,1%	106,98 1,5%	108,48 1,4%	110,21 1,6%
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	47,161 0,1%	47,455 0,6%	47,860 0,9%	47,700 -0,3%	47,942 0,5%	48,292 0,7%	47,958 -0,7%	47,603 -0,7%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	9,978 0,0%	9,982 0,0%	10,025 0,4%	10,063 0,4%	10,074 0,1%	10,055 -0,2%	9,529 -5,2%	9,850 3,4%
LOHNSTÜCKKOSTEN GESAMTWIRTSCHAFT	122,542 2,1%	125,034 2,0%	127,404 1,9%	128,811 1,1%	131,988 2,5%	135,617 2,7%	143,812 6,0%	140,179 -2,5%
ARBEITSLOSENQUOTE EUROSTAT DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	5,6 0,2	5,7 0,1	6,0 0,3	5,5 -0,5	4,9 -0,6	4,5 -0,4	5,4 0,9	5,3 -0,1
BUDGETSALDO MAASTRICHT (% DES BIP) <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-2,7 -0,8	-1,0 1,7	-1,5 -0,5	-0,8 0,7	0,2 1,0	0,7 0,5	-11,7 -12,3	-6,1 5,6

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	170,935 2,2%	173,921 1,7%	179,350 3,1%	185,981 3,7%	191,708 3,1%	196,752 2,6%	186,170 -5,4%	199,356 7,1%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	6,953 6,2%	7,450 7,1%	7,542 1,2%	7,933 5,2%	8,370 5,5%	8,791 5,0%	8,771 -0,2%	9,170 4,5%
ÖFFENTLICHER KONSUM	65,972 2,3%	68,033 3,1%	70,274 3,3%	71,986 2,4%	74,506 3,5%	77,321 3,8%	79,071 2,3%	81,260 2,8%
BRUTTOINVESTITIONEN	78,394 2,0%	81,955 4,5%	86,743 5,8%	91,729 5,7%	98,434 7,3%	101,267 2,9%	92,952 -8,2%	98,333 5,8%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	39,712 0,1%	41,719 5,1%	45,366 8,7%	48,194 6,2%	50,764 5,3%	53,707 5,8%	49,486 -7,9%	52,532 6,2%
BAUINVESTITIONEN	35,781 2,4%	36,419 1,8%	37,228 2,2%	39,065 4,9%	41,662 6,6%	44,429 6,6%	43,533 -2,0%	45,870 5,4%
STATISTISCHE DIFFERENZ	-0,002	-0,003	0,000	0,029	-0,262	0,041	0,041	0,041
ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,382	-0,001	0,003	0,029	-0,291	0,302	0,000	0,000
INLANDSNACHFRAGE	322,253 2,4%	331,356 2,8%	343,909 3,8%	357,658 4,0%	372,756 4,2%	384,171 3,1%	367,004 -4,5%	388,160 5,8%
EXPORTE I.W.S.	177,855 2,7%	182,769 2,8%	187,409 2,5%	199,643 6,5%	214,612 7,5%	220,955 3,0%	198,303 -10,3%	213,113 7,5%
IMPORTE I.W.S.	166,963 1,8%	169,856 1,7%	173,711 2,3%	187,960 8,2%	202,006 7,5%	207,551 2,7%	188,197 -9,3%	201,285 7,0%
BIP ZU MARKTPREISEN	333,146 2,9%	344,269 3,3%	357,608 3,9%	369,341 3,3%	385,362 4,3%	397,575 3,2%	377,110 -5,1%	399,987 6,1%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	173,400 0,2%	173,921 0,3%	176,761 1,6%	180,014 1,8%	181,805 1,0%	183,262 0,8%	171,350 -6,5%	180,774 5,5%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	7,088 3,4%	7,450 5,1%	7,413 -0,5%	7,692 3,8%	7,945 3,3%	8,098 1,9%	7,960 -1,7%	8,159 2,5%
ÖFFENTLICHER KONSUM	67,440 0,8%	68,033 0,9%	69,282 1,8%	69,890 0,9%	70,701 1,2%	71,748 1,5%	72,466 1,0%	73,553 1,5%
BRUTTOINVESTITIONEN	79,382 0,7%	81,955 3,2%	85,616 4,5%	89,348 4,4%	94,071 5,3%	94,786 0,8%	85,616 -9,7%	89,123 4,1%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	40,020 -1,0%	41,719 4,2%	44,965 7,8%	47,396 5,4%	49,361 4,1%	51,470 4,3%	47,095 -8,5%	49,450 5,0%
BAUINVESTITIONEN	36,366 0,3%	36,419 0,1%	36,538 0,3%	37,469 2,5%	38,810 3,6%	40,223 3,6%	38,413 -4,5%	39,566 3,0%
STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,046 0,303	-0,003 -0,049	0,002 0,005	0,757 0,755	0,836 0,079	1,335 0,499	1,310 -0,025	1,290 -0,020
INLANDSNACHFRAGE	327,276 0,6%	331,356 1,2%	339,072 2,3%	347,643 2,5%	355,327 2,2%	359,232 1,1%	338,709 -5,7%	352,909 4,2%
EXPORTE I.W.S.	177,361 2,9%	182,769 3,0%	188,231 3,0%	197,451 4,9%	208,407 5,5%	214,539 2,9%	194,023 -9,6%	206,937 6,7%
IMPORTE I.W.S.	163,906 3,0%	169,856 3,6%	176,185 3,7%	185,609 5,3%	194,944 5,0%	199,716 2,4%	183,896 -7,9%	194,595 5,8%
BIP ZU MARKTPREISEN	340,812 0,7%	344,269 1,0%	351,118 2,0%	359,544 2,4%	368,820 2,6%	374,053 1,4%	348,829 -6,7%	365,242 4,7%

TAB. 4: PREISINDIZES (2015 = 100)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	98,578 2,0%	100,000 1,4%	101,465 1,5%	103,315 1,8%	105,447 2,1%	107,361 1,8%	108,649 1,2%	110,279 1,5%
ÖFFENTLICHER KONSUM	97,823 1,4%	100,000 2,2%	101,432 1,4%	102,999 1,5%	105,382 2,3%	107,768 2,3%	109,115 1,3%	110,479 1,3%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	98,839 1,6%	100,000 1,2%	101,340 1,3%	102,828 1,5%	104,837 2,0%	107,044 2,1%	108,736 1,6%	110,536 1,7%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	99,231 1,1%	100,000 0,8%	100,893 0,9%	101,684 0,8%	102,843 1,1%	104,347 1,5%	105,077 0,7%	106,233 1,1%
BAUINVESTITIONEN	98,389 2,1%	100,000 1,6%	101,889 1,9%	104,260 2,3%	107,350 3,0%	110,456 2,9%	113,328 2,6%	115,934 2,3%
INLANDSNACHFRAGE	98,465 1,7%	100,000 1,6%	101,426 1,4%	102,881 1,4%	104,905 2,0%	106,942 1,9%	108,354 1,3%	109,988 1,5%
EXPORTE I.W.S.	100,279 -0,1%	100,000 -0,3%	99,564 -0,4%	101,110 1,6%	102,977 1,8%	102,990 0,0%	102,206 -0,8%	102,985 0,8%
IMPORTE I.W.S.	101,865 -1,1%	100,000 -1,8%	98,596 -1,4%	101,267 2,7%	103,622 2,3%	103,923 0,3%	102,339 -1,5%	103,438 1,1%
BIP ZU MARKTPREISEN	97,751 2,2%	100,000 2,3%	101,848 1,8%	102,725 0,9%	104,485 1,7%	106,289 1,7%	108,107 1,7%	109,513 1,3%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
WARENEXPORTE	126,109 2,0%	129,184 2,4%	131,524 1,8%	140,058 6,5%	150,278 7,3%	152,545 1,5%	137,764 -9,7%	146,760 6,5%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	37,537 5,4%	38,630 2,9%	40,354 4,5%	43,292 7,3%	46,882 8,3%	50,088 6,8%	48,079 -4,0%	50,505 5,0%
REISEVERKEHR	14,209 2,7%	14,956 5,3%	15,532 3,8%	16,293 4,9%	17,451 7,1%	18,322 5,0%	12,460 -32,0%	15,847 27,2%
EXPORTE I.W.S.	177,855 2,7%	182,769 2,8%	187,409 2,5%	199,643 6,5%	214,612 7,5%	220,955 3,0%	198,303 -10,3%	213,113 7,5%
WARENIMPORTE	125,196 0,2%	126,855 1,3%	128,855 1,6%	138,912 7,8%	148,110 6,6%	149,496 0,9%	135,538 -9,3%	144,764 6,8%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	34,422 7,0%	35,523 3,2%	37,049 4,3%	40,492 9,3%	44,564 10,1%	48,485 8,8%	46,685 -3,7%	48,923 4,8%
REISEVERKEHR	7,345 6,9%	7,478 1,8%	7,806 4,4%	8,556 9,6%	9,332 9,1%	9,570 2,6%	5,974 -37,6%	7,598 27,2%
IMPORTE I.W.S.	166,963 1,8%	169,856 1,7%	173,711 2,3%	187,960 8,2%	202,006 7,5%	207,551 2,7%	188,197 -9,3%	201,285 7,0%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
WARENEXPORTE	125,255 2,9%	129,184 3,1%	132,871 2,9%	139,395 4,9%	146,881 5,4%	150,026 2,1%	137,274 -8,5%	145,510 6,0%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	37,729 3,7%	38,630 2,4%	40,052 3,7%	42,356 5,8%	45,175 6,7%	47,646 5,5%	45,621 -4,3%	47,332 3,8%
REISEVERKEHR	14,378 0,8%	14,956 4,0%	15,308 2,4%	15,703 2,6%	16,353 4,1%	16,853 3,1%	11,291 -33,0%	14,114 25,0%
EXPORTE I.W.S.	177,361 2,9%	182,769 3,0%	188,231 3,0%	197,451 4,9%	208,407 5,5%	214,539 2,9%	194,023 -9,6%	206,937 6,7%
WARENIMPORTE	121,779 2,1%	126,855 4,2%	131,455 3,6%	137,189 4,4%	142,424 3,8%	143,962 1,1%	133,525 -7,3%	141,203 5,8%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	34,718 5,9%	35,523 2,3%	37,052 4,3%	39,999 8,0%	43,382 8,5%	46,636 7,5%	44,770 -4,0%	46,337 3,5%
REISEVERKEHR	7,434 4,0%	7,478 0,6%	7,678 2,7%	8,390 9,3%	9,105 8,5%	9,106 0,0%	5,600 -38,5%	7,001 25,0%
IMPORTE I.W.S.	163,906 3,0%	169,856 3,6%	176,185 3,7%	185,609 5,3%	194,944 5,0%	199,716 2,4%	183,896 -7,9%	194,595 5,8%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2015 = 100)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
WARENEXPORTE	100,682 -0,9%	100,000 -0,7%	98,987 -1,0%	100,476 1,5%	102,313 1,8%	101,679 -0,6%	100,357 -1,3%	100,859 0,5%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	99,492 1,6%	100,000 0,5%	100,754 0,8%	102,210 1,4%	103,780 1,5%	105,125 1,3%	105,388 0,3%	106,705 1,3%
REISEVERKEHR	98,824 1,9%	100,000 1,2%	101,459 1,5%	103,756 2,3%	106,715 2,9%	108,718 1,9%	110,349 1,5%	112,280 1,8%
EXPORTE I.W.S.	100,279 -0,1%	100,000 -0,3%	99,564 -0,4%	101,110 1,6%	102,977 1,8%	102,990 0,0%	102,206 -0,8%	102,985 0,8%
WARENIMPORTE	102,806 -1,9%	100,000 -2,7%	98,023 -2,0%	101,255 3,3%	103,993 2,7%	103,844 -0,1%	101,507 -2,3%	102,522 1,0%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	99,149 1,1%	100,000 0,9%	99,992 0,0%	101,233 1,2%	102,726 1,5%	103,964 1,2%	104,276 0,3%	105,580 1,3%
REISEVERKEHR	98,800 2,8%	100,000 1,2%	101,665 1,7%	101,978 0,3%	102,489 0,5%	105,095 2,5%	106,672 1,5%	108,539 1,8%
IMPORTE I.W.S.	101,865 -1,1%	100,000 -1,8%	98,596 -1,4%	101,267 2,7%	103,622 2,3%	103,923 0,3%	102,339 -1,5%	103,438 1,1%
TERMS OF TRADE, GESAMT	98,443 1,0%	100,000 1,6%	100,982 1,0%	99,845 -1,1%	99,377 -0,5%	99,102 -0,3%	99,870 0,8%	99,561 -0,3%
TERMS OF TRADE, GÜTER	97,934 1,0%	100,000 2,1%	100,983 1,0%	99,230 -1,7%	98,385 -0,9%	97,916 -0,5%	98,867 1,0%	98,378 -0,5%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
IMPORTQUOTE, GESAMT	50,117	49,338	48,576	50,891	52,420	52,204	49,905	50,323
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,508	-0,779	-0,763	2,315	1,529	-0,216	-2,299	0,418
IMPORTQUOTE, GÜTER	37,580	36,848	36,033	37,611	38,434	37,602	35,941	36,192
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,992	-0,732	-0,815	1,578	0,823	-0,832	-1,661	0,251
EXPORTQUOTE, GESAMT	53,387	53,089	52,406	54,054	55,691	55,576	52,585	53,280
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,055	-0,298	-0,683	1,647	1,637	-0,115	-2,991	0,695
EXPORTQUOTE, GÜTER	37,854	37,524	36,779	37,921	38,997	38,369	36,532	36,691
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,322	-0,330	-0,745	1,142	1,076	-0,628	-1,837	0,160

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5506,268 0,6%	5554,650 0,9%	5612,242 1,0%	5625,702 0,2%	5629,901 0,1%	5630,757 0,0%	5625,072 -0,1%	5613,750 -0,2%
ERWERBSQUOTE	77,978 0,8%	78,662 0,9%	78,988 0,4%	79,815 1,0%	80,856 1,3%	81,632 1,0%	82,481 1,0%	83,174 0,8%
ERWERBSPERSONEN	4293,657 1,4%	4369,385 1,8%	4432,984 1,5%	4490,172 1,3%	4552,091 1,4%	4596,332 1,0%	4639,604 0,9%	4669,160 0,6%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3624,041 0,4%	3657,227 0,9%	3679,503 0,6%	3692,309 0,3%	3703,340 0,3%	3700,481 -0,1%	3716,878 0,4%	3714,138 -0,1%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	669,616 7,4%	712,158 6,4%	753,482 5,8%	797,863 5,9%	848,751 6,4%	895,851 5,6%	922,727 3,0%	955,022 3,5%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	470,900 1,7%	480,200 2,0%	488,800 1,8%	494,900 1,2%	498,500 0,7%	497,700 -0,2%	494,216 -0,7%	496,193 0,4%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	3822,757 1,4%	3889,185 1,7%	3944,184 1,4%	3995,272 1,3%	4053,591 1,5%	4098,632 1,1%	4145,388 1,1%	4172,967 0,7%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3415,529 0,7%	3448,745 1,0%	3502,431 1,6%	3573,088 2,0%	3661,127 2,5%	3720,041 1,6%	3660,520 -1,6%	3708,107 1,3%
K(U)G-BEZ., ST-DLU UND PRÄSENZDIENER	87,871 -3,7%	86,109 -2,0%	84,440 -1,9%	82,208 -2,6%	80,357 -2,3%	77,263 -3,9%	74,172 -4,0%	72,318 -2,5%
ARBEITSLOSE	319,357 11,2%	354,332 11,0%	357,313 0,8%	339,976 -4,9%	312,107 -8,2%	301,328 -3,5%	410,695 36,3%	392,542 -4,4%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	8,354 0,736	9,111 0,757	9,059 -0,051	8,509 -0,550	7,700 -0,810	7,352 -0,348	9,907 2,555	9,407 -0,501

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	158,789 2,8%	163,661 3,1%	170,081 3,9%	176,086 3,5%	185,084 5,1%	192,871 4,2%	190,734 -1,1%	194,663 2,1%
BRUTTOBETRIEBSÜBERSCHUSS/ SELBSTSTÄNDIGENEINKOMMEN	131,921 3,3%	135,955 3,1%	142,151 4,6%	146,668 3,2%	153,046 4,3%	155,832 1,8%	157,053 0,8%	161,339 2,7%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	42,436 1,9%	44,653 5,2%	45,376 1,6%	46,587 2,7%	47,232 1,4%	48,873 3,5%	29,324 -40,0%	43,985 50,0%
BIP ZU MARKTPREISEN NOMINELL	333,146 2,9%	344,269 3,3%	357,608 3,9%	369,341 3,3%	385,362 4,3%	397,575 3,2%	377,110 -5,1%	399,987 6,1%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	0,439 -49,8%	-3,390 -872,2%	-0,027 -99,2%	-3,463 12754,7%	-3,506 1,2%	1,983 -10,0%	2,082 5,0%	2,124 2,0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	59,947 3,2%	61,605 2,8%	63,753 3,5%	66,273 4,0%	69,369 4,7%	72,722 4,3%	75,449 3,8%	78,279 3,8%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	273,638 2,6%	279,275 2,1%	293,828 5,2%	299,604 2,0%	312,487 4,3%	326,836 4,6%	303,743 -7,1%	323,832 6,6%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-3,113 -20,4%	-3,146 1,1%	-3,446 9,5%	-2,682 -22,2%	-3,714 38,5%	-3,479 2,0%	-3,566 2,5%	-3,672 3,0%
VERFÜGBARES NETTOEINKOMMEN DER VOLKSWIRTSCHAFT	270,525 2,9%	276,128 2,1%	290,382 5,2%	296,922 2,3%	308,772 4,0%	323,357 4,7%	300,177 -7,2%	320,159 6,7%

TAB. 11 : MONETÄRER BEREICH (JAHRES DURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
EINLAGEN VON INLÄNDISCHEN NICHTBANKEN	305,161 1,6%	318,657 4,4%	332,764 4,4%	346,681 4,2%	362,125 4,5%	375,397 3,7%	394,543 5,1%	404,406 2,5%
DAVON SPAREINLAGEN	149,971 -2,2%	147,147 -1,9%	145,707 -1,0%	147,435 1,2%	152,784 3,6%	153,490 0,5%	152,416 -0,7%	149,520 -1,9%
KREDITVOLUMEN (FORDERUNGEN AN INLÄNDISCHE NICHTBANKEN)	319,730 -0,1%	323,817 1,3%	328,388 1,4%	331,592 1,0%	342,859 3,4%	359,089 4,7%	373,093 3,9%	376,078 0,8%
EURIBOR 3M	0,21	-0,02	-0,26	-0,33	-0,32	-0,36	-0,42	-0,48
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,01	-0,23	-0,24	-0,07	0,01	-0,04	-0,06	-0,06
ÖSTERREICHISCHE BENCHMARKRENDITE 10J	1,48	0,75	0,37	0,56	0,69	0,05	-0,26	-0,07
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,51	-0,73	-0,38	0,19	0,13	-0,64	-0,31	0,19

TAB. 12: WECHSELKURSE

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
USD/EUR	1,33 0,0%	1,11 -16,5%	1,11 -0,4%	1,13 2,2%	1,18 4,5%	1,12 -5,2%	1,14 1,8%	1,19 4,4%
GBP/EUR	0,81 -5,0%	0,73 -9,9%	0,82 12,7%	0,88 7,0%	0,89 1,0%	0,88 -0,6%	0,89 1,1%	0,91 2,2%
YEN/EUR	140,41 8,4%	134,35 -4,3%	120,33 -10,4%	126,66 5,3%	130,37 2,9%	122,09 -6,4%	121,92 -0,1%	123,63 1,4%
CHF/EUR	1,21 -1,3%	1,07 -12,0%	1,09 2,0%	1,11 2,0%	1,16 3,9%	1,11 -3,9%	1,07 -3,6%	1,06 -0,9%